



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahl- verfahren (HErüber)

Regionalstudie Grenzregion Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)

Vorhaben: FKZ 4719FO0101

AUFTRAGNEHMER:IN

Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

UNTERAUFTRAGNEHMER:IN

Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Sophie Dolinga, Franziska Sperfeld, Cindy Prager



Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber)

Regionalstudie Grenzregion Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-024/24

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2024032042293

Berlin, April 2023

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

Unterauftragnehmer:in
Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Sophie Dolinga, Franziska Sperfeld, Cindy Prager

030 184321-0
www.base.bund.de

Stand: April 2023

Projekt: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren
bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung
im Standortauswahlverfahren (HErüber)

Förderkennzeichen: 4719F00101

Arbeitspaket 5: Bedarf vor Ort

Autor*innen: Sophie Dolinga, Franziska Sperfeld, Cindy Prager

Regionalstudie R 5 Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)

Impressum

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

T +49 (0)30 42 84 99 3-0
F +49 (0)30 42 84 99 3-59
info@ufu.de
www.ufu.de
twitter.com/UfUberlin

Autor*innen:
Sophie Dolinga, Franziska Sperfeld, Cindy Prager

Dieses Vorhaben wurde durch Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert und durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) betreut (FKZ 4719F00101). Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung der Auftraggeberin übereinstimmen.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen	2
3. Kurzprofil der Region Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)	3
3.1 Portrait der Region	3
3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse	9
3.3 Zentrale Akteur*innen in der Region	10
3.3.1 Wichtige Akteur*innen für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren	10
3.3.2 Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	11
4. Erfahrungen und Prägungen in der Region Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)	12
4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen	12
4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen	15
5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	19
5.1 Dimension: Prozess	19
5.2 Dimension: Ansatz und Formate	20
5.3 Dimension: Wirkung	21
6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	23
6.1 Dimension: Kontext	23
6.2 Dimension: Prozess	25
6.3 Dimension: Ansatz und Formate	26
6.4 Dimension: Wirkung	28
7. Fazit	29
8. Literaturverzeichnis	31

Abkürzungsverzeichnis

ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
ČEZ	České energetické závody (tschechischer Energiekonzern)
ČSÚ	Český statistický úřad (Tschechisches Statistikamt)
CZ	Tschechische Republik
EU	Europäische Union
IAEA	International Atomic Energy Agency
PGE	Polska Grupa Energetyczna
PL	Polen
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1	Region 5 auf der modifizierten bzw. ergänzten Darstellung auf Basis der BGE-Karte aus dem Zwischenbericht Teilgebiete (BGE 2020)
Abbildung 2	Liberecký Kraj
Abbildung 3	<u>Powiat Zgorzelecki</u>
Abbildung 4	Wirkungsraum der Euroregion Neisse
Abbildung 5	Braunkohletagebau Turów
Tabelle 1	Kategorisierung der durchgeführten Interviews
Tabelle 2	Anzahl identifizierter Artikel in den tschechischen Medien
Tabelle 3	Anzahl identifizierter Artikel in den polnischen Medien

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojektes Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber) werden fünf Beispielregionen untersucht, um potenzielle Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in verschiedenen Kontexten zu identifizieren und diese im Falle einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Standortauswahlverfahrens einzubeziehen. Die fünf Beispielregionen umfassen Syddanmark (R1; DK), Overijssel (R4; NL), Powiat Zgorzelecki und Liberecký kraj (R5; PL und CZ), Schärading (R7; AT) und Elsass: Haut-Rhin und Bas-Rhin (R8; FR). Die folgende Regionalstudie fokussiert sich auf die Region 5 (R5), die im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien liegt. Auf polnischer Seite umfasst die zu untersuchende Region den Powiat Zgorzelecki und auf tschechischer Seite den Liberecký kraj. Der Fokus der Studie liegt auf den grenzüberschreitenden Perspektiven aus Polen und Tschechien. Im Vordergrund stehen die folgenden Fragestellungen:

- 1) Welche soziokulturellen, aber auch politischen und ökonomischen Besonderheiten weist das ausgewählte grenznahe Gebiet auf?
- 2) Welche Haltung existiert gegenüber kerntechnischen Anlagen in der Region? Gibt es bestehende Konfliktlagen?
- 3) Welche Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen wurden in dem entsprechenden Gebiet schon gemacht?
- 4) Welche Erwartungen und Wünsche haben verschiedene Akteur*innengruppen an eine grenzüberschreitende Beteiligung?

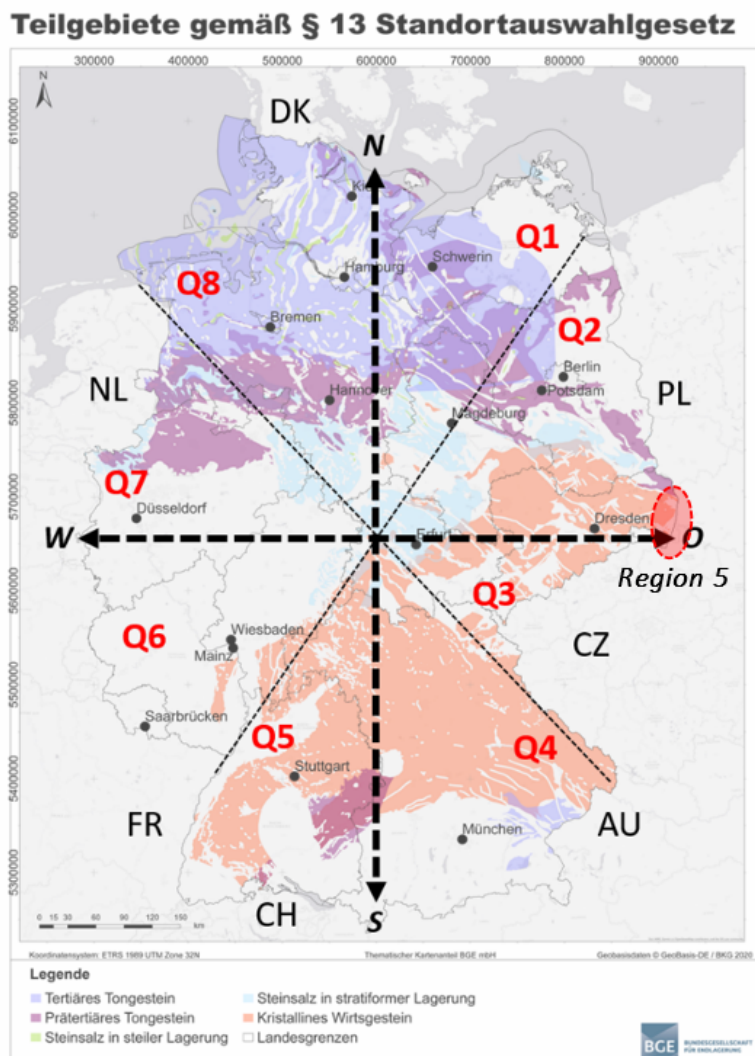


Abbildung 1: Region 5 auf der modifizierten bzw. ergänzten Darstellung auf Basis der BGE-Karte aus dem Zwischenbericht Teilgebiete (BGE 2020).

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Eine detaillierte Darstellung des methodischen Vorgehens der Regionalstudien findet sich in einem separaten, rahmenden Dokument (s. Methodik der Regionalstudien und Ergebnisse der Medienresonanzanalyse). Für die vorliegende Fallstudie zur Region im Dreiländereck wurde eine Desk-Research durchgeführt, eine Medienresonanzanalyse herangezogen sowie fünf Interviews aus den unten aufgelisteten Kategorien geführt (s. Tabelle 1). Die Interviews wurden auf die zwei angrenzenden Gebiete in Tschechien und Polen aufgeteilt. Interviewt wurden drei tschechische sowie zwei polnische Akteur*innen.

Um eine möglichst große Ausgeglichenheit der Perspektiven sicherzustellen, wurde in Kategorie 1 jeweils eine Person der lokalen Politik pro Land interviewt (ID1_CZ und ID1_PL). Im Weiteren wurde ein*e leitende*r Beamte*in aus der Verwaltung in der Region Liberec für die Kategorie 2 (ID2_CZ), sowie ein*e grenzüberschreitend engagierte*r Bürger*in aus dem Liberecký Kraj in Kategorie 3 interviewt (ID3_CZ). Für die Kategorie 4 war ein Interview mit einer*inem Vertreter*in einer in der Region aktiven Umwelt-NGO vorgesehen. Dieses Gespräch kam aus terminlichen Schwierigkeiten leider nicht zustande. Diese Perspektive kann in Teilen durch ID3_CZ ausgeglichen werden, da diese Person mit verschiedenen Umwelt-NGOs in der Region eng zusammengearbeitet hat. In der Kategorie 5 wurde ein*e Expert*in im Bereich der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung interviewt (ID5_PL).

Tabelle 1: Kategorisierung der durchgeführten Interviews

Identifikationsnummer und Länderkürzel	Kategorie
ID1_CZ ID1_PL	Politik (politische Entscheidungsträger*innen, etc.)
ID2_CZ	Verwaltung
ID3_CZ	Bürger*innen (nicht-assozierte, Bürgerinitiativen, etc.)
ID5_PL	Weitere (grenzüberschreitende Institutionen, Expert*innen, etc.)

Alle Interviews wurden online via Videokonferenz geführt und aufgezeichnet. Die Interviews ID1_CZ, ID2_CZ, ID3_CZ sowie ID1_PL wurden mit Hilfe von Dolmetscherinnen (tschechisch/deutsch bzw. polnisch/deutsch) geführt. In diesen Fällen erfolgte die Transkription auf Deutsch und die Auswertung basiert auf den deutschen Transkripten. Das Interview ID5_PL wurde auf Englisch geführt und in Englisch transkribiert und ausgewertet.

Generell ist festzustellen, dass die Interview-Akquise aufgrund von sprachlichen Barrieren deutlich erschwert wurde und sehr zeitaufwendig war. Die schriftliche Kontaktaufnahme in der jeweiligen Landessprache hat nur wenig Resonanz hervorgerufen und die direkte telefonische Ansprache der Akteur*innen war auf Englisch nicht in allen Fällen möglich.

In Bezug auf die Auswahl der Interview-Partner*innen ist zudem festzuhalten, dass die Perspektive aus Kategorie 4 die Auswahl gut ergänzt hätte und nur in Teilen ausgeglichen werden konnte. Für die Berücksichtigung verschiedener Perspektiven in der Regionalstudie sind neben der Auswahl verschiedener

Gruppen von Akteur*innen auch viele weitere Merkmale relevant. Hierzu zählt unter anderem die Repräsentanz unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten, um verschiedene Lebensrealitäten abzubilden, welche Einfluss auf Erwartungen und Bedürfnisse an Teilnehmungsformate haben können (u.a. Burns et al 2001). Trotz Bemühungen der Forschenden eine möglichst ausgeglichene Gender-Balance in den Interviews herzustellen, muss festgestellt werden, dass letztendlich nur männlich gelesene Personen interviewt werden konnten.

3. Kurzprofil der Region Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)

Die untersuchte Region im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien umfasst auf der tschechischen Seite den Liberecký Kraj und auf Seite Polens den Powiat Zgorzelecki. Im Folgenden wird ein Kurzprofil der Region gezeichnet, das auf zentrale Aspekte des Forschungsinteresses eingeht.

3.1 Portrait der Region

Im Liberecký Kraj leben ca. 443.398 Menschen (Stand: 2020). Die größte Stadt und zugleich Verwaltungssitz des Kreises ist Liberec mit ca. 100.000 Einwohner*innen. Sie befindet sich ca. 22km von Zittau entfernt, der nächstgrößeren Stadt auf deutscher Seite. Weitere Städte des Landkreises mit über 10.000 Einwohner*innen sind Jablonec nad Nisou, Česká Lípa, Turnov und Nový Bor. Der Landkreis ist die am zweitdünnsten besiedelte Region in der Tschechischen Republik und macht ca. 4% des Staatsgebietes aus.¹

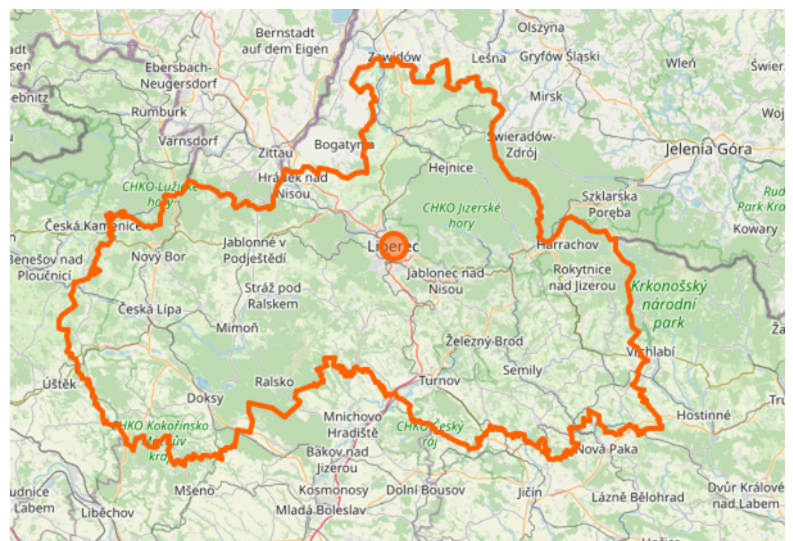


Abbildung 2: Liberecký Kraj ©OpenStreetMap

¹ Liberecký kraj <https://poradenstvi.kraj-lbc.cz/o-kraji>; letzter Zugriff: 05.10.2022



Abbildung 3: Powiat Zgorzelecki ©OpenStreetMap

Powiat Zgorzelecki ist ein Landkreis in der Woiwodschaft Niederschlesien mit rund 84.869 Einwohner*innen (Stand: 2020). Der Landkreis teilt im Westen eine ca. 80km lange Grenze mit Deutschland, im Süden eine ca. 70km lange Grenze mit Tschechien. Die Kreishauptstadt ist Zgorzelec, die unmittelbar an die deutsche Grenze und die Stadt Görlitz schließt. Zusammen bilden die beiden Städte die deutsch-polnische Europastadt Görlitz-Zgorzelec.² Im Süden grenzt der Landkreis an Tschechien, direkt an den Liberecký Kraj. Die Kreishauptstädte Zgorzelec und Liberec sind nur 50 km voneinander entfernt.³

Im Portrait der untersuchten Region werden im Weiteren die durch Desk-Research und Interviews identifizierten Besonderheiten des Grenzgebietes auf polnischer und tschechischer Seite dargestellt.

Politische Merkmale

Tschechien ist eine parlamentarische Republik, die sich in 14 Kraje unterteilen lässt, die oberste Stufe der Verwaltungsgliederung. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Regionalwahlen in Tschechien im Oktober 2020 belief sich im Liberecký Kraj auf 40,41%⁴, was über dem landesweiten Durchschnitt von 37,95% liegt.⁵

Polen ist eine parlamentarische Republik, die in 16 Woiwodschaften untergliedert ist, die wiederum in Powiate unterteilbar sind. Bei den letzten Regionalwahlen in Polen 2018 lag die Wahlbeteiligung im Powiat Zgorzelecki bei ca. 54%⁶, was dem landesweiten Durchschnitt bei dieser Wahl entsprach.⁷

Tschechien und Polen traten beide im Mai 2004 in die EU und im Dezember 2007 in den Schengenraum ein.^{8,9} In mehreren Interviews wurde der Beitritt zur EU als zentraler politischer und ökonomischer Moment hervorgehoben: „[...] bevor wir dann wirklich Vollmitglieder der EU wurden, bis dahin wurde die ganze Region sehr vernachlässigt“ (ID1_CZ).

Nichtsdestotrotz berichtet ein*e Interview-Partner*in von der anhaltenden Distanz der Grenzregion zu den jeweiligen nationalen Regierungszentren: „Und es gibt hier so einen Spruch, den man bei uns immer wieder

² Europastadt Görlitz-Zgorzelec <https://powiatzgorzelecki.pl/powiat-zgorzelecki/>; letzter Zugriff: 05.10.2022

³ Powiat Zgorzelecki <https://powiatzgorzelecki.pl/powiat-zgorzelecki/>; letzter Zugriff: 05.10.2022

⁴ Český statistický úřad (ČSÚ) <https://www.volby.cz/pls/kz2020/kz21?XJAZYK=CZ&xkraj=6>; letzter Zugriff: 05.10.2022

⁵ Český statistický úřad (ČSÚ) <https://www.volby.cz/pls/kz2020/kz?xjazyk=CZ>; letzter Zugriff: 05.10.2022

⁶ National Electoral Office https://wybory2018.pkw.gov.pl/en/geografia/022500#results_vote_council; letzter Zugriff: 05.10.2022

⁷ Deutsche Welle <https://www.dw.com/de/polnische-pis-gewinnt-regionalwahlen-aber-nicht-%C3%BCberall/a-46017199>; letzter Zugriff: 05.10.2022

⁸ Europäische Union https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/country-profiles/czechia_de; letzter Zugriff: 10.10.2022

⁹ Europäische Union https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/country-profiles/poland_de; letzter Zugriff: 10.10.2022

hört. Das bezieht sich auf alle. Also: „Wir sind gleich entfernt zu Warschau, Prag und Berlin. Aber was wir gemeinsam haben ist, dass sich keiner für uns interessiert in der Grenzregion.“ (ID2_CZ)

Ökonomische Merkmale

Die wirtschaftlichen Merkmale der Region sind in den geführten Interviews sehr präsent.

Im Liberecký Kraj war die Textilindustrie stark ausgeprägt und ein zentraler Arbeitgeber im Kreis. In den letzten Jahrzehnten ist die Textilproduktion jedoch angesichts des globalen Wettbewerbs stark eingebrochen (ID1_CZ). Heutzutage sind verschiedene Industriezweige und Unternehmen im Kreis vertreten, etwa die Bau-Branche (ID1_CZ). Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklungen wird aber auch die Sorge um die Stabilität der Wirtschaft sowie um die Auswirkungen aktueller und zukünftiger Krisen beschrieben (ID1_CZ).

Im Powiat Zgorzelecki sind Bergbau und Energiewirtschaft dominierende Wirtschaftssektoren. Die Gemeinde Bogatynia und die gleichnamige Stadt stellen das am stärksten industrialisierte Gebiet des Powiat dar. In dieser Gemeinde befindet sich der Tagebau und das Kraftwerk Turów, welches von der Polska Grupa Energetyczna (PGE) betrieben wird.¹⁰ Die Unternehmen rund um Turów beschäftigen laut Angaben des Powiat Zgorzelecki rund 7.000 Mitarbeitende und spielen somit für den Powiat eine ökonomisch zentrale Rolle (ID1_PL).¹¹ Im Weiteren entwickelt sich die Logistik-Branche und der internationale Handel auf der polnischen Seite der Grenzregion. Zu einem großen Unternehmen im Powiat gehört die Firma Citronex, die vor allem Bananen importiert und in der Region zwischenreifen lässt sowie Tomaten züchtet (ID1_PL).¹²

Ein neuer Wirtschaftszweig, der sich auf polnischer und tschechischer Seite zunehmend entwickelt, ist der Tourismus (ID1_PL; ID1_CZ). Dabei sind touristische Attraktionen vor allem auch die Natur in der Region, wie die Lausitz, die Neisse, die Naturschutzgebiete und Wälder (ID1_PL). In diesem Rahmen entwickelt sich auch die Fahrradtourismusbranche sehr stark, nach Aussagen eines*iner Interviewten (ID1_PL).

Seit 1990 hat sich die Region zunehmend wirtschaftlich verflochten. Die Öffnung der Grenzen, der Beitritt Tschechiens in die EU 2004 und in den Schengenraum 2007 werden von einer*inem Interview-Partner*in aus Tschechien als zentrale Meilensteine auf diesem Wege genannt (ID2_CZ). Diese ökonomische Verflochtenheit in der Grenzregion zeigt sich auch im Alltag vieler Menschen, die täglich zur Arbeit über die Grenze fahren (ID2_CZ; ID1_PL): „Wir haben auch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt dadurch. Viele Polen arbeiten auf der deutschen Seite, aber auch viele Deutsche sind auch auf der polnischen Seite tätig.“ (ID1_PL)

Weitere infrastrukturelle Merkmale

Im Bereich der Infrastruktur wird vor allem von den tschechischen Interview-Partner*innen die schlechte Verkehrsanbindung im Dreiländereck hervorgehoben. Insbesondere Defizite im Schienenverkehr sowie fehlende Autobahn-Anbindungen werden genannt (ID2_CZ). Dabei sind manche Gemeinden im Grenzgebiet in Tschechien über Straße oder Schiene nur schlecht von tschechischer Seite zu erreichen, sodass dort „eine viel intensivere Verbindung mit Polen [besteht]. Dort gibt es sehr viele Grenzübergänge, sowohl für PKWs, aber auch für Fußgänger, Fahrradfahrer etc.“ (ID1_CZ).

¹⁰ Powiat Zgorzelecki <https://powiatzgorzelecki.pl/powiat-zgorzelecki/>; letzter Zugriff: 05.10.2022

¹¹ Powiat Zgorzelecki <https://powiatzgorzelecki.pl/powiat-zgorzelecki/>; letzter Zugriff: 05.10.2022

¹² Citronex <https://citronex.pl/de/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

Die Schaffung neuer Eisenbahnverbindungen im Dreiländereck, um den öffentlichen Nahverkehr sowie den Güterverkehr zu stärken, ist seit Jahren im Gespräch, u.a. die Strecke zwischen Liberec und Görlitz-Zgorzelec betreffend (ID1_CZ).^{13, 14, 15} Darüber hinaus werden auch Planungen zum Ausbau von digitaler Infrastruktur in der Region in den Interviews erwähnt (ID1_CZ).

Räumliche Merkmale

Die Interview-Partner*innen heben in Bezug auf räumliche Merkmale immer wieder die Natur in der Region als Charakteristikum hervor (ID1_CZ; ID1_PL): Das Tal der Neisse, weitläufige Waldgebiete, Naturschutzgebiete, wie das von der EU beschlossene Schutzgebietsnetz ‚Natura 2000‘, und das Iser-Gebirge werden genannt. Diese natürlichen Gegebenheiten werden als etwas Besonderes und Schützenswertes beschrieben und sind zugleich wichtiger Bestandteil des sich entwickelnden Tourismus (ID1_CZ; ID1_PL).

Grenzüberschreitende Vernetzung im Dreiländereck

Das Dreiländereck ist geschichtlich eng miteinander verflochten, was die grenzüberschreitende Vernetzung bis heute prägt. Die Region ist nicht zuletzt von Krieg, Konflikten, territorialem Wechsel, Flucht und Vertreibung aber auch Annäherung und enger Zusammenarbeit gezeichnet. Wie eng die Verbindungen innerhalb der Grenzregion sind, und die historischen Verflechtungen bis heute nachwirken, illustriert etwa die Geschichte der heutigen Städte Görlitz und Zgorzelec.¹⁶ Ein*e Interview-Partner*in aus der Stadt Zgorzelec erläutert dies wie folgt:

„Unsere Partnerstadt ist auch der zweite Teil unserer Stadt, also das ist die Stadt Görlitz. Vor dem Krieg war Görlitz eine Stadt. Nach dem Krieg wurde die Stadt in zwei Teile aufgeteilt und seit dem Jahr 1997 sind wir jetzt eine Europastadt, die Europastadt Görlitz-Zgorzelec und wir würden gerne einfach eine Stadt weiter sein. Und was daraus resultiert ist die Tatsache, dass wir in vielen Bereichen einfach kooperieren.“ (ID1_PL)

Die Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen kulturellen Erbe spielt dabei eine wichtige Rolle in der Region (ID1_PL). Dies zeigt sich etwa in zahlreichen Gedenkstätten, die unter anderem mit Mitteln der EU oder von deutsch-polnischen Institutionen instandgehalten werden (ID1_PL). Auch grenzüberschreitende kulturelle Veranstaltungen sind, vor allem in der Europastadt Görlitz-Zgorzelec, etabliert (ID1_PL). Die Verknüpfungen im kulturellen Bereich verlaufen allerdings deutlich schleppender, als im wirtschaftlichen Sektor, merkt ein*e Interview-Partner*in an (ID2_CZ).

Als große Schritte auf dem Weg der grenzüberschreitenden Vernetzung werden das Ende des Kalten Krieges, der Beitritt zur EU und in den Schengenraum genannt (ID2_CZ). Heute gibt es vor allem auf politischer Ebene verschiedene Formate, die einen Austausch zwischen den Entscheidungsträger*innen im Dreiländereck fördern. Die Interview-Partner*innen mit aktuellen oder früheren politischen Mandaten erzählen alle von den guten Verbindungen zu Kolleg*innen auf deutscher Seite. In Görlitz-Zgorzelec gibt es eine enge Kooperation

¹³ Pro Bahn https://www.pro-bahn.de/mitteldeutschland/pdf/2021-06-28_MM_Fahrgastverband_PRO_BAHN_Strukturfoerderung-Ostsachsen.pdf; letzter Zugriff: 10.10.2022

¹⁴ Interreg Central [https://www.interreg-central.eu/Content.Node/Home/.../Documents/Cooperating-on-cross-border-passenger-transport-for-better-connections-to-TEN-T-\(T2\)/Plannings-for-Railway-connection-of-Liberec-Region---Goerlit.pdf](https://www.interreg-central.eu/Content.Node/Home/.../Documents/Cooperating-on-cross-border-passenger-transport-for-better-connections-to-TEN-T-(T2)/Plannings-for-Railway-connection-of-Liberec-Region---Goerlit.pdf); letzter Zugriff: 10.10.2022

¹⁵ Tag 24 <https://www.tag24.de/nachrichten/tschechien/schneller-von-goerlitz-nach-prag-tschechen-druecken-aufs-tempo-1782435>; letzter Zugriff: 10.10.2022

¹⁶ Europastadt Görlitz-Zgorzelec <https://www.goerlitz-zgorzelec.eu/Geschichte.html>; letzter Zugriff: 10.10.2022

durch die Europastadt (ID1_PL), aber auch zwischen Bürgermeister*innen in Zittau und verschiedenen tschechischen Gemeinden werden gute Verbindungen beschrieben (ID1_CZ; ID2_CZ). Zudem stellt die Euroregion Neisse ebenfalls ein solches Forum des Austausches dar (s. Kapitel 3.3.2).

Heute ist die grenzüberschreitende Vernetzung für Menschen in der Region Alltag. Sie überqueren die Grenze um zur Arbeit, in die Schule oder zum Einkaufen zu fahren (ID2_CZ):¹⁷

„Aber ich würde eigentlich schon bezeichnen, dass die Situation auch der Bürger aus allen drei Ländern in der Region so ist, dass sie eigentlich verschiedene Dienstleistungen nutzen, in den anderen Ländern einkaufen, aber auch arbeiten grenzüberschreitend. Dass [...] die meisten Menschen eben davon profitieren, dass sie eigentlich gar keine Grenze mehr wahrnehmen. [...] Das heißt es handelt sich wenn dann nur noch um eine Art mentale Teilung, [die] insbesondere durch die sprachliche Barriere entsteht. Aber sonst spürt man sozusagen keine Grenzen.“ (ID2_CZ)

Ein Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EU ist ebenfalls im Dreiländereck zu finden (ID1_PL). Das Interreg-Programm finanziert grenzüberschreitende Kleinprojekte. Ziel des Programms ist es, gemeinsam Herausforderungen, vor allem in Bereichen wie Gesundheit, Umwelt, Bildung, Verkehr und Nachhaltigkeit anzugehen.¹⁸ Interreg-Programme sind in vielen verschiedenen europäischen und nicht-europäischen Ländern zu finden. Im Dreiländereck sind vor allem die Programme Interreg Polen-Sachsen¹⁹, Interreg Republika Czeska-Polska²⁰ und Interreg Sachsen-Tschechien²¹ relevant. Im Jahr 2021 begann eine neue Förderphase des Projektes, die bis zum Jahr 2027 andauert.

Im Weiteren sind auch verschiedene institutionalisierte Akteur*innen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dreiländereck zu finden, auf die im Kapitel 3.3.2 detaillierter eingegangen wird. Dazu gehören neben der Europastadt Görlitz-Zgorzelec²², auch die Euroregion Neisse, die ein Kooperationsprojekt der Landkreise der Oberlausitz/Niederschlesien (BRD), Städten und Gemeinden Nordböhmens (CZ) und Gemeinden, Städten und Landkreisen Niederschlesiens (PL) darstellt.²³

Themen im öffentlichen Diskurs

Anhand der Interviews wurden zudem dominante Themen im öffentlichen Diskurs identifiziert. Ein Thema, das im Rahmen der Regionalstudie von besonderer Bedeutung ist und die Region geprägt hat, ist die Mine in Turów und das Verfahren um ihre Verbreiterung. Von einer*inem Interview-Partner*in auf polnischer Seite wird die Relevanz der Mine für die Gegend wie folgt betont: „Wir sind auch mit dem Werk in Turów sehr stark verbunden. Also das sind auch sehr große Unternehmen, die auch für Arbeitsplätze sorgen“ (ID1_PL).

Auf der tschechischen Seite ist vor allem im Kontext des Verfahrens um die Mine das Thema der Wasserversorgung und der Wasserinfrastruktur relevant. Dabei ist die Sorge um Knappheit von Trinkwasser und dessen Verunreinigung bei der Bevölkerung sehr präsent (ID1_CZ; ID2_CZ; ID3_CZ).

¹⁷ MDR <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/geschichte-europastadt-goerlitz-zgorzelec-polen-sachsen-100.html>; letzter Zugriff: 10.10.2022

¹⁸ Interreg EU <https://interreg.eu/about-interreg/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

¹⁹ Interreg Polen-Sachsen <https://de.plsn.eu/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

²⁰ Interreg Republika Czeska-Polska <https://pl.cz-pl.eu/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

²¹ Interreg Sachsen-Tschechien <https://www.sn-cz2020.eu/de/index.jsp>; letzter Zugriff: 10.10.2022

²² Europastadt Görlitz-Zgorzelec <https://www.goerlitz-zgorzelec.eu/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

²³ Euroregion Neisse <https://www.euroregion-neisse.de/ueber-uns/aufbau/>; letzter Zugriff: 10.10.2022

Ein aktuelles Thema, was auch mittel- und langfristig alte und neue Debatten hervorbringen könnte, ist der Krieg gegen die Ukraine und die damit zusammenhängenden Fragen der Versorgungssicherheit: „Ganz aktuell ist [das, was uns beschäftigt] wirklich die Energiekrise und dann natürlich auch die Angst davor, was im nächsten Monat in der Ukraine passiert und welche Folgen das für unseren Alltag haben kann“ (ID2_CZ).

Auch das Hochwasser aus dem Jahr 2010 wurde genannt, welches im Dreiländereck für mehrere Todesopfer verantwortlich war und zudem erhebliche Infrastrukturschäden zurückließ.²⁴ Im Anschluss an das Hochwasser wurden auch grenzüberschreitende Projekte und Fonds gegründet, um Infrastrukturen, wie Brücken, wiederaufzubauen (ID1_CZ).

Informationskanäle zu Planungsverfahren

In Bezug auf Planungsverfahren ist die Frage besonders relevant, wie sich Bürger*innen im Dreiländereck über Planungs- und Genehmigungsprozesse informieren. Dies hängt maßgeblich von dem Land ab, in dem sie sich aufhalten. Neben den offiziellen Stellen, wo die Informationen ausgelegt werden, werden in den Interviews einige weitere Kommunikationskanäle genannt. Dazu gehören die öffentlichen Internetseiten der Ämter und der Kreise, aber auch Facebook-Seiten und -Gruppen (ID1_PL). Auf polnischer Seite wurde zudem die Webseite www.zgorzelec.info genannt (ID1_PL).

An mehreren Stellen wurde aber vor allem Skepsis daran geäußert, ob sich Bürger*innen wirklich über diese Wege informieren (ID1_CZ; ID2_CZ): „Aber ob sich der allgemeine Bürger dafür interessiert und zum Beispiel sich die Aushänge an einem Bürgeramt oder wie auch immer anschaut, das ist hier eigentlich eher fraglich. Das heißt, oft erfahren dann die Bürger erst im Nachhinein oder später oder eher zufällig davon“ (ID2_CZ).

Generell ist die Bedeutung von partizipativen Elementen in der Entscheidungsfindung und Erfahrungen mit dialogisch-kollaborativen Formen der Beteiligung in Tschechien und Polen eher schwach ausgeprägt, wie es Literaturrecherchen im Rahmen des Forschungsprojektes aufzeigen (Sperfeld et al. 2022). Auch in den Interviews im Rahmen der Regionalstudie wurde von einer weniger aktiven Beteiligungskultur berichtet (ID1_CZ; ID2_CZ), auch bei grenzüberschreitenden Verfahren (ID5_PL).

²⁴ Deutscher Wetterdienst

https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/niederschlag/20100901_sachsen_hochwasser.pdf?__blob=publicationFile&v=4; letzter Zugriff: 10.10.2022

3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse

Die kursorische Medienresonanzanalyse ergab für die Länder Tschechien und Polen einen Datenkorpus von insgesamt 215 relevanten Artikeln. Ein Ergebnis der Analyse ist, dass die deutsche Endlagersuche in der Berichterstattung der beiden Länder nur sehr wenig thematisiert wurde. In den polnischen Medien wurden keine Artikel und in den tschechischen Quellen lediglich fünf Artikel gefunden, die sich explizit mit der deutschen Endlagersuche auseinandersetzen. Aus der Analyse gehen zudem, außer dem tschechischen Umweltministerium, keine relevanten Akteur*innen hervor, die sich bereits direkt zu dem Prozess geäußert haben.

Tabelle 2: Anzahl identifizierter Artikel in den tschechischen Medien

Relevante Artikel insgesamt	Zum deutschen Endlager	Zu anderen Endlager-Vorhaben	Zu anderen Vorhaben mit grenzüberschreitendem Bezug	Mit explizitem Bezug zur ausgewählten Region
170	5	150	20	1

Tabelle 3: Anzahl identifizierter Artikel in den polnischen Medien

Relevante Artikel insgesamt	Zum deutschen Endlager	Zu anderen Endlager-Vorhaben	Zu anderen Vorhaben mit grenzüberschreitendem Bezug	Mit explizitem Bezug zur ausgewählten Region
45	0	2	42	24

Vor allem in Tschechien steht die nationale Endlagersuche im Fokus der Medien. In den 150 relevanten Artikeln können Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen identifiziert werden, die sich bereits mit der Endlagersuche in Tschechien auseinandersetzen. Unter der Annahme, dass diese Personen und Institutionen, die sich zur tschechischen Suche äußern, auch an einer grenzüberschreitenden Beteiligung zur deutschen Endlagersuche interessiert sein können, boten diese Artikel wichtige Anhaltspunkte, um potenzielle Interview-Partner*innen in Tschechien zu identifizieren. Dabei ist hervorzuheben, dass die tschechische Endlagersuche sich insbesondere auf den südlichen Teil Tschechiens fokussiert und somit weit entfernt von der untersuchten Grenzregion verläuft. Das ist ein zentraler Grund dafür, warum keine Akteur*innen identifiziert werden konnten, die sowohl in der tschechischen Endlagersuche aktiv sind und gleichzeitig einen engen Bezug zu der untersuchten Region haben.

Insbesondere die Artikel zur Region R5 stellten wichtige Anknüpfungspunkte zur Identifikation von relevanten Akteur*innen sowie zu Vorerfahrungen mit grenzüberschreitenden Beteiligungsverfahren dar. Die Region R5 ist in Bezug auf solch grenzüberschreitende Verfahren vor allem durch den Konflikt um das Bergwerk Turów in Polen geprägt. So sorgte der Prozess um den Ausbau des Bergwerks auf zwischenstaatlicher Ebene für Spannungen, die bis zur Einbeziehung des Europäischen Gerichtshofs reichten. Tschechien warf Polen u.a. fehlenden Zugang zu Informationen und eine mangelnde Umweltverträglichkeitsprüfung vor (s. Kapitel 4.2). Der Fall Turów führte aber auch zu transnationalen Austauschformaten im Dreiländereck, etwa über die

Zukunft und Transformation der Bergbauregion, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Energiewende. Diese Schnittstelle zwischen grenzüberschreitender Beteiligung und energiepolitischen Fragen in der Untersuchungsregion boten ebenfalls diverse Anknüpfungspunkte zur Identifikation relevanter Akteur*innen.

3.3 Zentrale Akteur*innen in der Region

3.3.1 Wichtige Akteur*innen für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren

Wichtige Akteur*innen für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren wurden bereits in der Akteur*innenanalyse zur Vorbereitung der Regionalstudie herausgearbeitet. Weitere Akteur*innen konnten im Rahmen der Interviews ergänzt werden. Dabei handelt es sich vor allem um solche, die im Verfahren um die Erweiterung der Mine Turów aktiv waren und somit bereits Erfahrungen mit grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung aufweisen, besonders aktiv in Planungsverfahren oder in Bezug auf Umweltbelange in der Region sind.

Im Bereich der Politik und Verwaltung sind u.a. die Bürgermeister*innen, Stadträt*innen und leitende Verwaltungsbeamt*innen der Region sowie der grenznahen Städte und Gemeinden in Polen und Tschechien, wie Zgorzelec (PL), Bogatynia (PL), Liberec (CZ) und Hrádek nad Nisou (CZ) von besonderer Relevanz (ID1_PL; ID1_CZ; ID2_CZ; ID3_CZ). Bürgermeister*innen und Entscheidungsträger*innen aus Gebietskörperschaften haben im Verfahren um das Bergwerk Turów bereits Erfahrungen mit grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht und können darauf auch bei einer potenziellen Beteiligung im Standortauswahlverfahren zurückgreifen. Insbesondere da die Region aufgrund von wirtschaftlichen Umwälzungen und Strukturwandel vor großen Herausforderungen steht, ist davon auszugehen, dass die Entscheidungsträger*innen an den großen infrastrukturellen Veränderungen, die die Standortauswahl mit sich bringen würde, interessiert sind.

Im Bereich der assoziierten und nicht-assoziierten Bürger*innen sind vor allem lokale Umweltschutzgruppen und Nachbarschaftsinitiativen zu berücksichtigen, die sich mit Themen des Umweltschutzes und/oder des Tagebau Turów eingehend beschäftigen (ID1_PL; ID2_CZ; ID3_CZ). Dazu gehören: lokale Nachbarschaftsvereinigungen (CZ), die Umwelt-NGO Eko Unia (PL), die Anwaltsorganisation Frank Bold (CZ), lokale Gruppen der Parents for Future (CZ), lokale Gruppen und nationale Strukturen von Greenpeace (PL, CZ). Ergänzt werden kann dies durch NGOs, die sich auf das Thema der Endlagerung fokussieren. In Tschechien ist die Initiative ‚Plattform gegen das Endlager‘, als Zusammenschluss aus 31 Gemeinden und 14 Vereinen, zu nennen. Diese ist allerdings bisher nicht aktiv in der Region tätig.

Darüber hinaus wird auch die zentrale Rolle der Bürger*innen generell, vor allem aus grenznahen Städten und Gemeinden, betont (ID1_PL; ID2_CZ).

Auf zentrale Akteur*innen und Institutionen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region wird im nächsten Abschnitt im Detail eingegangen.

3.3.2 Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Eine zentrale Institution der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region ist die **Euroregion Neisse** (auch: Euroregion Neisse-Nisa-Nysa) (ID1_PL; ID1_CZ). Sie umfasst die Landkreise der Oberlausitz/Niederschlesien, die Städte und Gemeinden Nordböhmens sowie die Gemeinden, Städte und Landkreise Niederschlesiens und geht dadurch über die zu untersuchende Region R5 hinaus.²⁵ Die Euroregion erstreckt sich insgesamt über eine Fläche von 11.737km² und beheimatet ca. 1.494.624 Einwohnende (Stand: 2020).²⁶

Ziele der Euroregion sind u.a. „die Herausbildung eines gemeinsamen, vielfältigen Kooperationsraumes dies- und jenseits der nationalen Grenzen“ sowie „die Verbesserung des Informationsaustausches und der Kommunikation über die Grenzen hinweg, sowie die Herausarbeitung und Deklaration der Entwicklungsprioritäten des euroregionalen Raumes“ (Euroregion Neisse 2020). Die Euroregion weist sechs Prioritätsbereiche auf, die gleichzeitig Arbeitsgruppen darstellen: Verkehr; Wirtschaft und Tourismus; Umwelt- und Klimaschutz, Energie; Risikomanagement; Kultur, Bildung und Wissen; Unterstützung grenzübergreifende Zusammenarbeit. An die Euroregion sind auch die Interreg-Projekte angegliedert (ID1_PL).

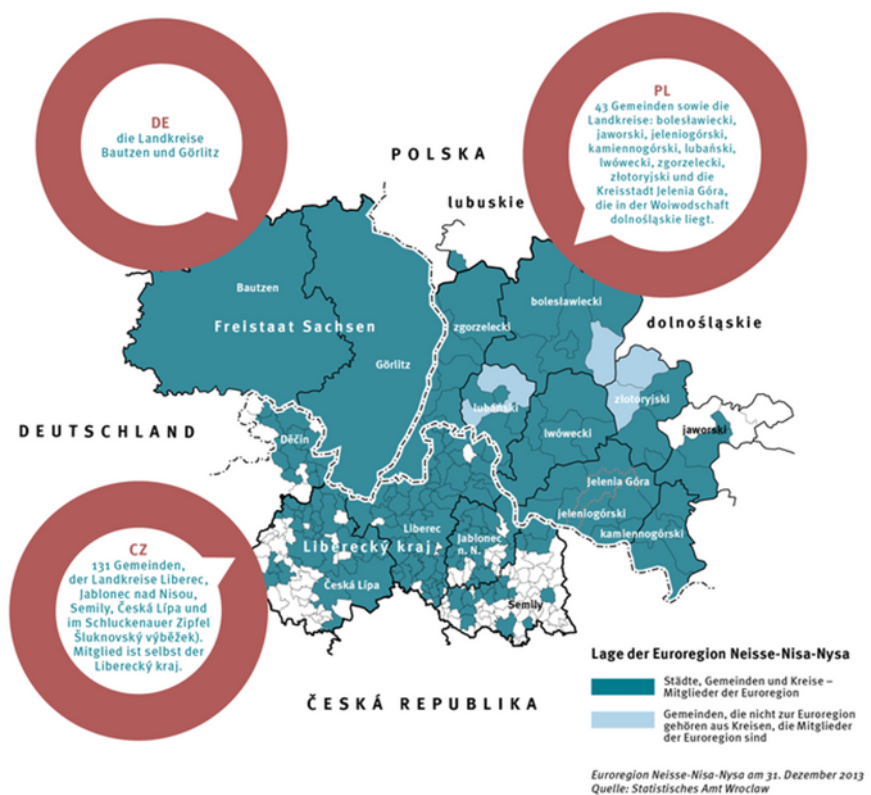


Abbildung 4: Wirkungsraum der Euroregion Neisse; Quelle: Euroregion Neisse

Auch die **Europastadt Görlitz-Zgorzelec** stellt eine präzente Institution der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dar.²⁷ Die beiden Städte organisieren etwa auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene verschiedene gemeinsame Veranstaltungen.²⁸ Auf politischer Ebene sorgen regelmäßige Treffen und Austauschformate für eine enge Zusammenarbeit (ID1_PL).

²⁵ Euroregion Neisse <https://www.euroregion-neisse.de/ueber-uns/mitglieder-und-wirkungsraum/>; letzter Zugriff: 18.10.2022

²⁶ Euroregion Neisse <https://www.euroregion-neisse.de/fileadmin/documents/euroregionale-arbeitsgruppen/eurex/Statistik.pdf>; letzter Zugriff: 18.10.2022

²⁷ Europastadt Görlitz-Zgorzelec <https://www.goerlitz-zgorzelec.eu/>; letzter Zugriff: 18.10.2022

²⁸ Görlitz-Zgorzelec Veranstaltungskalender <https://www.goerlitz-zgorzelec.projektonline.info/kalender/>; letzter Zugriff: 18.10.2022

4. Erfahrungen und Prägungen in der Region Powiat Zgorzelecki (PL) und Liberecký Kraj (CZ)

4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen

Tschechien betreibt insgesamt sechs Kernreaktoren (vier in Dukovany und zwei in Temelín), die einen Anteil von 33% an der Stromerzeugung ausmachen (Kojo & Richardson 2019; Meyer 2018). Meyer (2018: S.182) konstatiert, dass es in der tschechischen Bevölkerung eine weitgehend unkritische Einstellung gegenüber der Nutzung von Kernenergie gibt. Auch in den Interviews zu den durchgeführten Fallstudien im Rahmen des Forschungsprojektes wird hervorgehoben, dass es in Tschechien kaum eine öffentliche Diskussion zum Thema Kernenergie gegeben hätte, allerdings viel Geld in die Werbung für Kernenergie investiert wurde (Sperfeld & Dolinga 2022: S. 28).

Zugleich weist Tschechien auch Ansätze einer sich entwickelnden atomkraftkritischen Bewegung auf, die bisher jedoch marginalisiert wird und sowohl politisch als auch gesellschaftlich kaum Einfluss hat. Das Vorgehen der tschechischen Regierung hinsichtlich der Standortsuche für ein Endlager sah keine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Bisher hat die Öffentlichkeitsbeteiligung in Tschechien generell nur eine untergeordnete Bedeutung sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Nach dem European Institute for Public Participation (2009: S.29) wird Öffentlichkeitsbeteiligung in Tschechien vornehmlich als ein top-down-Prozess verstanden, der in formale Prozesse integriert sein muss.

Die grundsätzlich kernkraftfreundliche Haltung in Tschechien steht jedoch im Kontrast zu den gescheiterten Versuchen, einen Standort für ein tschechisches Endlager zu finden. Vielmehr zeugt die Endlagersuche, für die ein entsprechendes Gesetz zu nuklearen Abfällen bereits 2002 erlassen wurde, von einer bottom-up Mobilisierung der Öffentlichkeit. So hat sich gegen die Erkundung von Standorten eine starke Ablehnung organisiert: „[...] the siting for the nuclear waste repository has come up against strong resistance from environmental NGOs, which, together with municipal self-governments, organised 28 valid local referenda between 2003 and 2013. In all of these referenda, the inhabitants of the concerned municipalities refused the exploration for and/or the construction of a nuclear repository in their territories“ (Bursik 2015: S. 249 f.). Nichtsdestotrotz wurden Ende 2020 vier Standorte für die Erkundung ausgewählt. Der Zeitplan für die Erkundung sieht vor, dass der Standort 2030 feststehen und das Endlager 2065 in Betrieb gehen soll.²⁹

Zu den kerntechnischen Vorprägungen auf nationaler Ebene gehören weiterhin die Erfahrungen zum Kernkraftwerk Temelín. In einer Fallstudie zum Verfahren um das Kraftwerk Dukovany in Tschechien im Rahmen des Forschungsprojektes wurde von mehreren Interview-Partner*innen die Anhörung in Budweis im Verfahren um Temelín im Jahr 2012 erwähnt (Sperfeld & Dolinga 2022: S. 29f.). Diese Erzählungen waren stark von negativen Erfahrungen geprägt, die die Erwartungen rund um das Verfahren um das Kernkraftwerk Dukovany beeinflussten. In Budweis wurde die Anhörung in einer Sporthalle veranstaltet und dauerte 18 Stunden bis zu ihrem Ende um 3 Uhr nachts. Es gab starke Zugangskontrollen, Absperrungen und eigene Getränke durften nicht mit in das Gebäude gebracht werden (ebd.). Das Verfahren um den Ausbau des Kernkraftwerkes Dukovany, dessen grenzüberschreitende Verfahren im Rahmen einer UVP im Jahr 2019 abgeschlossen wurde, verlief deutlich unauffälliger (ebd.).

²⁹ World Nuclear News <https://world-nuclear-news.org/Articles/Czech-Republic-shortlists-geological-repository-si>; letzter Zugriff: 10.10.2022

Die Vorprägungen der Akteur*innen im zu untersuchenden Kreis in Tschechien in Bezug auf kerntechnische Anlagen sind nur gering bzw. mittelbar. Der Liberecký Kraj selbst weist keine kerntechnischen Anlagen auf. Zudem befinden sich die Standorte der Kernkraftwerke Temelín und Dukovany am anderen Ende des Landes, ca. 200 km Kilometer entfernt. Auch für die Endlagersuche steht der Liberecký Kraj nicht in näherer Auswahl, wodurch auch die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema gering ist:

„In unserer Region ist diese Diskussion nicht so aktiv, denn hier sollen keine Endlager sein. Also diese Endlager sind alle eher in Südböhmen, denn dort sind auch die Atomkraftwerke in Südböhmen, also im südlichen Teil des Landes. Das heißt, sie sehen keinen Grund darin, warum man das in den Norden transportieren sollte. Das heißt, bei uns in der Region läuft diese Diskussion nicht.“ (ID3_CZ)

Dabei wird auch die generell positive Einstellung zu Kernenergie in den Interviews beschrieben, sowie der Einfluss geografischer Nähe auf die Betroffenheit:

„Aber paradoxerweise wird die Kernenergie in Tschechien sehr positiv [gesehen], denn die Leute denken hier, dass sie keine Emissionen auslöst. Aber denen ist nicht bewusst, dass es nicht so ist, dass sie gar keine Emissionen hat. Denn irgendwo muss das ja auch gelagert werden, [aber] solange man das nicht in seinem eigenen Garten sieht oder hat oder so, dann betrifft es einen nicht.“ (ID3_CZ)

In **Polen** ist bisher noch kein kommerzielles Kernkraftwerk im Betrieb, vier Genehmigungsprozesse aus den 1980er Jahren wurden 1990 gestoppt. Im Jahr 2005 hat die polnische Regierung entschieden an die alten Pläne anzuknüpfen und die ersten zwei Kernkraftwerke in Polen zu bauen (Kojo & Richardson 2019; Chemielewski 2013).

Im Jahr 2011 veröffentlichte die polnische Regierung das Kernenergieprogramm, in welchem u.a. Ziele und Zeitplan der Implementierung der Kernenergie in Polen beschrieben wurden. Zudem wurden Informationskampagnen als ein Mittel zur Gewinnung der Akzeptanz der Bevölkerung genannt (vgl. Ministerium für Wirtschaft Polen 2011). Der Einstieg in die Kernenergie und der Bau der Kernkraftwerke wurde 2021 in der nationalen polnischen Energiestrategie (PEP2040) bekräftigt und weiter ausgeführt (Ministerium für Klima und Umwelt Polen 2021). Das erste Kernkraftwerk Polens soll 2033 ans Netz gehen, um eine größere Energieunabhängigkeit zu erreichen und die Verstromung aus Kohle zu verringern. Bis 2043 sollen insgesamt 6 Blöcke an zwei Standorten in Betrieb genommen werden. Bisher generiert Polen fast 80% seiner Energie aus Kohle. Die neuen Kernkraftwerke sollen die Emissionen des Energiesektors in Polen massiv senken (Ministerium für Klima und Umwelt Polen 2021: S. 58-61). Für die verbrauchten Brennelemente wird laut der nationalen Energiestrategie ein Oberflächenendlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie ein Tiefenlager entstehen (Ministerium für Klima und Umwelt Polen 2021).

Aus Deutschland wurde bereits früh Kritik an den Plänen geäußert. Da erhebliche negative grenzüberschreitende Umweltauswirkungen auf Deutschland nicht ausgeschlossen werden könnten, forderte die Bundesregierung 2021 die Einbindung in das Verfahren.^{30, 31}

³⁰ ZDF <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/polen-atomkraft-folgen-deutschland-100.html>; letzter Zugriff: 10.10.2022

³¹ RedaktionsNetzwerk Deutschland <https://www.rnd.de/politik/polen-baut-akw-an-der-ostsee-deutschland-beantragt-mitsprache-JWRMUJMU45HRLFXB7SDR4DLMFM.html>; letzter Zugriff: 10.10.2022

Am 08.02.2022 informierte Polen die benachbarten Staaten, darunter Deutschland, nach Espoo-Konvention über ein grenzüberschreitendes UVP-Verfahren zum Bau des ersten Kernkraftwerkes in Polen. Darin wurde auch der Standort für den ersten Reaktor in der Nähe der Kommunen Choczewo oder Gniewino und Krokowa, beide in der Woiwodschaft Pommern, genannt.³²

In seiner allgemeinen Notifizierungsnote vom 8. Februar 2022 hat das polnische Umweltministerium die anderen Staaten darüber informiert, dass Polen das 2015 begonnene grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsverfahren zur Standortauswahl, Bau und Betrieb des Kernkraftwerkes fortführe. Gemäß Espoo-Konvention hatte Polen Deutschland im Jahr 2015 über die Einleitung dieses Verfahrens in Kenntnis gesetzt. Deutschland hatte sich an dem Verfahren beteiligt und 2016 Stellung im Rahmen des Scopings genommen. Das BMUV hat für das aktuelle Verfahren die zuständigen Landesministerien über die Planung des ersten Kernkraftwerkes in Polen informiert und die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sich an dem grenzüberschreitenden UVP-Verfahren.³³

Für den Powiat Zgorzelecki bedeutet dies, dass die Debatte um Kernenergie auf nationaler Ebene voraussichtlich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten an Relevanz gewinnen wird. Für die Region selbst ist aber zurzeit weder ein Kernkraftwerk noch eine Endlagerstätte geplant. Auch in den Interviews wurden keine spezifischen Vorprägungen des Powiat in Bezug auf Kernenergie genannt. Vielmehr werden die fehlenden Vorerfahrungen herausgestellt:

„Okay, I can tell you with the nuclear repositories, we in Poland were fortunate enough because more than 30 years ago we took a decision not to have nuclear energy at all. So that was widely accepted after a long consultation with the public. [...] And then the government only recently, because of the climate change, decided we need to replace the coal. [...] Fine, but that means we've never had any experience with nuclear repository.” (ID5_PL)

Die Einstellungen der polnischen Bevölkerung zum Thema Kernenergie wurde über die Jahre von verschiedenen Instanzen erhoben. In einer europaweiten Untersuchung von 2008 der Europäischen Kommission zeigten Pol*innen ein etwas geringeres Wissen über radioaktiven Abfall und eine etwas geringere Zustimmung gegenüber Atomkraftanlagen als der europäische Durchschnitt (Europäische Kommission 2008: S.74). Eine Studie des Polish Institute of International Affairs (PISM) hat im Jahr 2014 einen Bericht zur Kernenergie in Polen herausgegeben (Gawlikowska-Fyk und Nowak 2014: S.47ff.), in welchem die Zustimmung der Bevölkerung gegenüber dem Bau von Kernkraftwerken mit 64 % angegeben wird, vor allem aufgrund des Wunsches nach Unabhängigkeit (insbesondere von Russland) in der Energieversorgung. Die Ängste gegenüber Kernenergie sind dem Bericht zufolge zurückgegangen und einer positiven Einstellung gewichen, wobei diese regional divergieren, von einer eher kritischen Einstellung in den Grenzregionen zu Deutschland und einer eher Kernenergie-befürwortenden Einstellung in den zentralen und östlichen Regionen Polens (Gawlikowska-Fyk und Nowak 2014: S.49ff.). Zur Validität der Aussagen kann keine Aussage getroffen werden, da diese auf einer eigenen Erhebung der Autor*innen beruhen, ohne konkrete Angaben zur Erhebung.³⁴ Wang und Kim (2018: S.7f.) kommen in einer vergleichenden Analyse 27 europäischer

³² Notifizierungsnote https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/espoo-pl_bf.pdf; letzter Zugriff: 10.10.2022

³³ BMUV <https://www.bmuv.de/meldung/polens-plaene-fuer-den-einstieg-in-die-atomenergie>; letzter Zugriff: 10.10.2022

³⁴ Die Angaben basieren auf einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 2004, in welcher 1.000 repräsentativ ausgewählte polnische Erwachsene befragt wurden und zusätzlich 24 qualitative Interviews mit Energie-Expert*innen geführt wurden (Gawlikowska-Fyk & Nowak 2014: S.67).

Länder³⁵ hinsichtlich der Einstellungen der Öffentlichkeit gegenüber Kernenergie zwar zu geringeren positiven Werten der polnischen Bevölkerung (34,5 % Zustimmung), jedoch im Vergleich mit Deutschland (7,7 % Zustimmung) und Österreich (4,6 % Zustimmung) erscheint dieser Zustimmungswert sehr hoch. Chemielewski (2013: S.127) kommt zu dem Ergebnis, dass vor dem Fukushima-Ereignis die Zustimmung zur Kernenergie der polnischen Bevölkerung bei 50 % lag und danach auf ca. 40 % fiel. Eine vom polnischen Ministerium für Klima und Umwelt im November 2021 in Auftrag gegebenen Umfrage schlüsselt die Einstellung der polnischen Öffentlichkeit gegenüber Kernenergie weiter auf. Dabei werden sehr hohe Zustimmungswerte zur Nutzung von Kernenergie vermerkt. Aussagen zur Validität und Methodik der Umfrage können an dieser Stelle nicht getroffen werden. Laut der Erhebung sprechen sich 74% der Bevölkerung für den Bau von Kernkraftwerken in Polen aus, 20% lehnen diesen ab. Für den Bau eines Kraftwerkes in unmittelbarer Nähe ihres eigenen Wohnortes sprechen sich 58% aus, 39% dagegen. Laut der Umfrage glauben 78% der polnischen Bevölkerung, dass der Bau eines Kernkraftwerkes ein gutes Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels ist und 82% geben an, dass es ein guter Weg zur Erhöhung der Energieunabhängigkeit ist.³⁶

Insgesamt erscheint die Einstellung der polnischen Bevölkerung gegenüber kerntechnischen Anlagen positiver als die der Bevölkerung in Deutschland oder Österreich. In Grenznähe zu Deutschland scheint die Einstellung polnischer Bürger*innen jedoch weniger positiv zu sein als in weiter von der Grenze Deutschlands entfernten Regionen.

In Bezug auf das Standortauswahlverfahren hat noch keine*r der Interview-Partner*innen, außerhalb der Anfragen innerhalb des Forschungsprojektes, von dem aktuell laufenden Verfahren in Deutschland Kenntnis erhalten. Die Resonanz in der Öffentlichkeit, die sie antizipieren, wenn diese von einer potenziellen Standortauswahl in Grenznähe informiert wird, wird als eher ablehnend und stark emotional eingeschätzt (ID1_PL; ID3_CZ). Auf die einzelnen Punkte wird in Kapitel 6 detailliert eingegangen.

4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen

Die Vorerfahrungen in der Region mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen bezieht sich vor allem auf das Verfahren um den Tagebau Turów im Dreiländereck. Der Tagebau Turów liegt im Südwesten Polens in der Gemeinde Bogatynia, unmittelbar an der deutschen und tschechischen Grenze. Betreiberfirma ist die Polska Grupa Energetyczna (PGE). In dem derzeit ca. 4.000 Fußballfelder großen Tagebau werden jährlich etwa zwölf Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut.³⁷

³⁵ Die Analyse von Wang und Kim (2018) basiert auf dem Eurobarometer Survey 72.2 aus dem Jahr 2009.

³⁶ Ministerium für Klima und Umwelt Polen <https://www.gov.pl/web/klimat/74-polakow-popiera-budowe-elektrowni-jadrowych-w-polsce>; letzter Zugriff: 10.10.2022

³⁷ MDR <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/tagebau-turow-verlaengerung-klage-greenpeace-100.html>; letzter Zugriff: 12.10.2022



Abbildung 5: Braunkohletagebau Turów. Darstellung entnommen aus UVP-Bericht (PGE (2019)).

Legende und Übersetzung:

Niemcy (Deutschland); Polska (Polen); Czechy (Tschechien);

Wyrobnisko górnice (Abbauräum)

Schwarze Linie = Staatsgrenzen

Orangene Linie = Grenzen des geplanten Vorhabens

Rote Linie = Grenzen der rekultivierten ext. Kipphalde

Rote Fläche = Kraftwerk Turów

Der Betrieb des Tagebaus war zunächst bis April 2020 genehmigt. Die Betreiberfirma stellte einen Antrag auf Änderung des Abbauregimes bzw. eine Erweiterung der Grube nach Süd-Osten und eine Fortführung des Tagebaus bis 2044.

Mit Schreiben vom 12. Februar 2019 wurden die UVP-Unterlagen zum Vorhaben „Fortführung des Abbaus der Braunkohlelagerstätte Turów“ dem Sächsischen Oberbergamt zur Öffentlichkeitsbeteiligung übergeben. Die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte im Rahmen der Espoo-Konvention. Die Stellungnahmen der deutschen Öffentlichkeit erfolgte auch auf Grundlage der Deutsch-Polnischen UVP-Vereinbarung. Die erste Auslegung der Unterlagen auf deutscher Seite fand zwischen 1.-23.04.2019 statt.³⁸ Aufgrund von Änderungen des polnischen UVP-Berichts, der im Juli 2019 durch die Vorhabenträgerin aktualisiert wurde, bestand die Notwendigkeit zur erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung. Laut UVP-Portal

³⁸ UVP-Portal https://www.uvp-verbund.de/documents-ige-ng/igc_sn/9B855E5E-2211-44DE-9933-94B3D7FE9F3E/Bekanntmachung.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022

erfolgte die zweite Auslegung der Unterlagen zwischen 09.12.2019-20.01.2020.³⁹ Die umweltrechtliche Genehmigung des Vorhabens durch den Regionaldirektor für Umweltschutz in Wrocław wurde demnach am 21. Januar 2020 erteilt.⁴⁰

Am 20. März 2020 wurde die Bergbaukonzession durch den Minister Michał Kurtyka zunächst um sechs Jahre verlängert. Die Tschechische Republik erhob daraufhin Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union, da sie Polen vorwarf in mehrfacher Hinsicht gegen Unionsrecht verstoßen zu haben. In dem Rechtsstreit ging es u.a. um eine nicht korrekte Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung im Fall Turów, wie etwa die späte und unvollständige Information Tschechiens (Gerichtshof der Europäischen Union 2022). Das Gericht ordnete an, die Aktivitäten in der Mine auszusetzen solange das Urteil aussteht. Polen ging der Forderung nicht nach, sodass das Gericht ein Bußgeld von 500.000€ pro Tag anordnete. Da die Zahlungen ausblieben, wurden Haushaltsmittel in Millionenhöhe durch die EU zurückgehalten, die eigentlich an Polen ausgeschüttet werden sollten.⁴¹

Bei einem Treffen der Minister Tschechiens und Polens Anfang 2022 einigten sich beide Parteien: Tschechien zieht die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zurück, im Gegenzug sollen sie eine Entschädigungssumme über 45 Millionen Euro für Infrastrukturanpassungen und weitere Umweltschutzmaßnahmen erhalten.^{42, 43}

Nach der Verlängerung der Abbaukonzession um sechs Jahre, wurde im Oktober 2022 die polnische Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen, die einen Weiterbetrieb des Tagebaus bis zum Jahr 2044 ermöglichen kann.⁴⁴

Die Öffentlichkeitsbeteiligung in dem Verfahren um die Mine Turów wurde von den interviewten Parteien, vor allem aus Tschechien, sehr kritisch gesehen.

Im Verfahren konnten **Stellungnahmen** aus Deutschland, Tschechien und Polen eingesendet werden. In den geführten Interviews wurde bezüglich dieses Schrittes der Öffentlichkeitsbeteiligung vor allem Kritik am UVP-Bericht deutlich. So zweifelten Bürger*innen aus Tschechien etwa die Informationen und Studien an, die ihren Aussagen nach nicht den wirklichen Gegebenheiten entsprechen können (ID3_CZ). Zudem wurde die Übersetzung der UVP-Unterlagen bemängelt, die nicht vollständig gewesen sei: „Das heißt, 600 Seiten wurden gar nicht übersetzt. Aber das waren wichtige Sachen, die gefehlt haben. Zum Beispiel fehlte das Kapitel zum Lärm in der Nachbarschaft [...]“ (ID3_CZ).

Eine **öffentliche Anhörung** fand am 19. September 2019 in Bogatynia statt.⁴⁵

³⁹ UVP-Portal https://www.uvp-verbund.de/documents-ige-ng/igc_sn/9B855E5E-2211-44DE-9933-94B3D7FE9F3E/Tagebau%20Turow%2C%20erneute%20Bekanntmachung%20und%20Verl%C3%A4ngerung%20Auslegungsfrist.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022

⁴⁰ Regionaler Direktor für Umweltschutz in Wrocław. Beschluss https://www.uvp-verbund.de/documents-ige-ng/igc_sn/9B855E5E-2211-44DE-9933-94B3D7FE9F3E/Turow%2C%20UVP-%20Beschluss%20deutsch.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022

⁴¹ Deutsche Welle <https://www.dw.com/en/polish-czech-governments-sign-deal-on-contested-mine/a-60655023>; letzter Zugriff: 10.10.2022

⁴² Deutsche Welle <https://www.dw.com/en/polish-czech-governments-sign-deal-on-contested-mine/a-60655023>; letzter Zugriff: 10.10.2022

⁴³ Süddeutsche Zeitung <https://www.sueddeutsche.de/politik/international-tagebau-turow-tschechien-zieht-klage-gegen-tagebau-turow-zurueck-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220204-99-977017>; letzter Zugriff: 10.10.2022

⁴⁴ MDR <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/tagebau-turow-verlaengerung-klage-greenpeace-100.html>; letzter Zugriff: 12.10.2022

⁴⁵ Regionaler Direktor für Umweltschutz in Wrocław. Beschluss https://www.uvp-verbund.de/documents/ingrid-group_ige-iplug-sn/9B855E5E-2211-44DE-9933-94B3D7FE9F3E/Turow%2C%20UVP-%20Beschluss%20deutsch.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022

Teilnehmende aus Tschechien und Deutschland äußerten deutliche Kritik an der Veranstaltung. So wurde u.a. die Organisation und Qualität der Übersetzung kritisiert, die die Stellungnahmen und Nachfragen der Teilnehmenden maßgeblich erschwerte⁴⁶. Ein weiterer Kritikpunkt war die Begrenzung der Redezeit der Teilnehmenden auf 2 Minuten, wobei die nicht-polnischsprachigen Teilnehmenden durch die konsekutive Verdolmetschung ihres Beitrages nur ca. die Hälfte der Redezeit effektiv nutzen konnten (ID3_CZ). Zudem konnte während der Anhörung wohl nicht immer der Rahmen für einen sachlichen Austausch bewahrt werden. Zum einen fehlten Unterlagen, um auf Detailfragen der Teilnehmenden zu antworten.⁴⁷ Zum anderen war die Stimmung sehr emotional aufgeladen. Wie ein*e Interview-Partner*in berichtete „kochen da doch schon ganz schön die Emotionen und oft gibt es wenig Raum für Argumente, also für sachliche Argumente“ (ID2_CZ). Außerdem wurde beschrieben, wie Angestellte der Mine vor Ort „auch protestiert haben, laut geschrien haben, auch die Leute angeschrien haben. Das war wirklich sehr entwürdigend. Das sollte Angst einflößen, damit sich niemand dagegen äußert“ (ID3_CZ).

Zudem wurde an der Wirkung der Anhörung und der eingebrachten Stellungnahmen Kritik geäußert:

„Das sollte nicht nur eine formelle Angelegenheit sein. Natürlich sollte der Investor auch diese, also diese Kommentare oder Beschwerden auch wirklich damit umgehen, damit etwas tun. Aber PGE hat das einfach nur als formelle Angelegenheit betrachtet, einfach so, damit man das Ganze schnell vom Tisch hat.“ (ID3_CZ)

Weitere grundlegende Kritikpunkte an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren generell waren vor allem fehlende Einbindung und Umgang auf Augenhöhe:

„Die Partizipation hat gar nicht funktioniert, also in den Jahren 2015 bis 2022, also bis zur Unterzeichnung des tschechisch-polnischen Vertrages. [...] Das heißt, da hat die polnische, ist die polnische Seite wirklich sehr arrogant aufgetreten. Sie hat es nicht akzeptiert, welche Wünsche wir hatten und unsere Forderungen nicht erfüllt, dass wir eben die Unterlagen einfordern.“ (ID1_CZ)

Zudem wurde in den Interviews von lange fehlender Anerkennung potenzieller Umweltschäden berichtet, was grundlegend das Verfahren und den Umgang zwischen den Parteien beeinflusste: „Aber PGE und Polen hat es eigentlich in Wirklichkeit nicht akzeptiert oder zugegeben, dass dort irgendwelche Schäden entstehen können. Und das ist ein ganz altes Problem“ (ID3_CZ).

Darüber hinaus wurde fehlende Kommunikation und Information als zentrale Kritikpunkte hervorgehoben: „Also [von] polnischer Seite fand gar keine Kommunikation statt. Und das ist wahrscheinlich auch des Pudels Kern, sozusagen, des Problems“ (ID3_CZ).

Letztendlich ist festzuhalten, dass das Verfahren um die Turów Mine die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung in der Region der letzten Jahre dominierte. Zahlreiche Kritikpunkte an verschiedenen Stellen des Verfahrens, damit verbundene negative Erfahrungen im Prozess, und die Zuspitzung auf politischer Ebene bis zur Klage vor dem Europäischen Gerichtshof prägen die aktuelle Situation.

⁴⁶ Greenpeace <https://greenpeace.berlin/2019/10/kohle-stoesst-an-ihre-grenzen-oeffentliche-anhoerung-im-dreilaendereck/>; letzter Zugriff: 18.10.2022

⁴⁷ Greenpeace <https://greenpeace.berlin/2019/10/kohle-stoesst-an-ihre-grenzen-oeffentliche-anhoerung-im-dreilaendereck/>; letzter Zugriff: 18.10.2022

Bei der Durchführung zukünftiger grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren ist damit zu rechnen, dass diese an den Erfahrungen aus dem Turów Verfahren gemessen werden. Daher sollten die Erfahrungen der Akteur*innen berücksichtigt werden sowie potenzielle Skepsis und Zurückhaltung gegenüber weiteren Verfahren entgegengewirkt und zentrale Kritikpunkte unbedingt aufgenommen werden.

5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Im Folgenden werden die Erwartungen und Wünsche, die die befragten Akteur*innen an die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren formulieren, erfasst. Dabei steht im Fokus, wie die Ausgestaltung einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung aussehen kann. In Kapitel 6 werden in einem nächsten Schritt dann die Herausforderungen und Erfolgsfaktoren auf dem Weg zu dieser erfolgreichen Ausgestaltung diskutiert.

Der Analyserahmen, der bereits in den Fallstudien des Forschungsprojektes zur Anwendung kam, dient auch an dieser Stelle zur Strukturierung der Analyse. Dabei werden die vier Dimensionen Kontext, Prozess, Ansatz und Formate sowie Wirkungen herangezogen (Brohmann et al. 2021c; Knickel et al. 2019).

5.1 Dimension: Prozess

Die Dimension des Prozesses umfasst Aspekte der Prozessgestaltung sowie des Verfahrensmanagements, welche über einzelne Phasen oder Aktivitäten hinausgehen und sich somit auf den Gesamtprozess beziehen.

In Bezug auf den übergreifenden Prozess steht vor allem Kommunikation und Information im Fokus der Interview-Aussagen. Es sollten verlässliche und umfassende Informationen zugänglich zur Verfügung gestellt werden, die auch die potenziellen Negativfolgen des Vorhabens miteinschließen (ID1_CZ; ID1_PL):

„Auf jeden Fall würden wir gerne erfahren, was generell da los ist und wie weit von der Grenze dieses Endlager dann sein wird, wie das abgesichert werden kann und welchen potenziellen Einfluss es dann auf die Sicherheit unserer Bürger*innen haben kann“ (ID1_PL). Dies sei notwendig für einen grundlegenden Vertrauensaufbau zu den Vorhabenträger*innen und damit sich Betroffene überhaupt auf den Beteiligungsprozess einlassen können (ID1_CZ; ID1_PL). Als zentraler Punkt dabei wurde „aktive Kommunikation“ (ID3_CZ) genannt, „[u]nd zwar von den Investoren in Richtung Bürger[*innen]“ (ebd.).

Geprägt von Negativerfahrungen in vorhergehenden Beteiligungsprozessen wurde in Bezug auf Kommunikation und Information immer wieder die Rolle von Transparenz, Verlässlichkeit und Ehrlichkeit der Angaben und Aussagen hervorgehoben (ID1_CZ; ID3_CZ). Denn „Menschen sind ja nicht dumm, aber sie reagieren allergisch, wenn sie für dumm verkauft werden“ (ID3_CZ). Dabei wird erwartet, dass die Vorhabenträger*innen vor allem auch in Bezug auf potenzielle Negativfolgen ehrlich kommunizieren und Verantwortung für das Vorhaben übernehmen (ID1_CZ; ID3_CZ).

Zudem sei „ein fairer, gerechter Ansatz gegenüber der Bevölkerung“ (ID3_CZ) zentral. Dieser zeige sich etwa in der Kommunikation auf Augenhöhe zwischen allen beteiligten Parteien sowie in der gleichberechtigten Kommunikation und Information, sodass „alle die gleichen Informationen zur Verfügung bekommen“ (ID1_PL). Dies bezieht sich auch darauf, dass nicht allein auf die Weitergabe von Informationen, etwa durch nationale Stellen an lokale Akteur*innen, vertraut werden sollte.

Weiterhin wurde die Erwartung geäußert, dass im Prozess die Inhalte und Argumente möglichst klar und präzise vermittelt werden, d.h. „[k]onkrete Vorschläge. Was steht hinter einer konkreten Investition oder hinter einer konkreten Maßnahme?“ (ID1_PL)

Ein weiterer Aspekt, der mehrfach genannt wurde, ist der Wunsch, dass es sich um einen offenen, gemeinsamen Prozess handelt, in dem Betroffene eingebunden werden und auch von den Ergebnissen profitieren (ID1_CZ; ID3_CZ):

„Eben, dass nicht der Eindruck entstehen würde, dass Deutschland die Endlagersuche so löst, dass sie exportiert wird, sozusagen in Führungszeichen, nach Tschechien. Sondern es sollte da der Eindruck der gemeinsamen Zusammenarbeit entstehen und nicht, dass man ein Problem einfach nur woanders hin verschiebt, denn dann werden Menschen immer dagegen protestieren.“ (ID3_CZ)

5.2 Dimension: Ansatz und Formate

In Bezug auf die Dimension des Ansatzes und der Formate werden formelle und informelle Angebote der Kommunikation und Beteiligung erfasst, wobei die spezifischen Bedingungen des Beteiligungsverfahrens sowie der konkreten Beteiligungs- und Kommunikationsformate im Fokus stehen (Mbah & Krohn 2021; Ewen & Horelt 2019; Oppermann & Renn 2019; Bock et al. 2017).

In Bezug auf spezifische Ansätze und Formate, die im Standortauswahlverfahren vorgesehen sind, wurden nur wenig spezifische Erwartungen und Wünsche geäußert. Dies liegt maßgeblich daran, dass Formate wie Regionalkonferenzen oder auch einzelne Schritte in grenzüberschreitenden UVP-Verfahren, nicht hinreichend bekannt sind.

In Bezug auf die grenzüberschreitende UVP wurden verschiedene Wünsche zur Ansprache der Öffentlichkeit sowie der Verfügbarkeit von Informationen genannt.

Zum einen müsse der*die Vorhabenträger*in die Öffentlichkeit effektiv informieren (ID5_PL). Dies betrifft unter anderem die direkte und umfassende Information von betroffenen Gebietskörperschaften, die nicht ausschließlich über die nationale Ebene verläuft (ID1_CZ; ID3_CZ).

Zudem solle eine niedrighschwellige Ansprache gewählt werden, etwa durch Informationen in viel gelesenen Zeitungen, d.h. „widely distributed national newspaper, not a specialized journal, but the newspaper which is in wide circulation, and there must be clearly written: there is a procedure, there is a possibility to inspect all the documentation which is available“ (ID5_PL). Dabei spielt die Sprache der Ansprache eine zentrale Rolle, “if you have a country where you have different languages, you need to choose the language that is widely spoken” (ID5_PL).

Die Zugänglichkeit der Dokumente, Berichte und Studien im UVP-Verfahren sollte zudem erhöht werden, indem diese im Internet durch alle Interessierten stets abrufbar sind (ID3_CZ; ID5_PL). Zudem solle die umfangreiche Verfügbarkeit der Informationen in mehreren Sprachen ebenfalls Zugangsbarrieren verringern und selbstorganisierte Übersetzungen vermeiden (ID3_CZ). Darüber hinaus wurde angeregt die Ansprache der Öffentlichkeit und die Verbreitung der Information zum grenzüberschreitenden UVP-Verfahren zu evaluieren, ob sie in ausreichendem Maße erfolgte und effektiv war (ID5_PL).

Ein weiterer Wunsch, der bezüglich der Ansprache der Öffentlichkeit genannt wurde, ist eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit Initiativen, Vereinen und NGOs vor Ort sowie den unmittelbar betroffenen Städten und Regionen (ID3_CZ).

Darüber hinaus wurde hervorgehoben, wie wichtig öffentlich zugängliche Veranstaltungen seien, die sehr gut vorbereitet und strukturiert sind (ID1_PL; ID3_CZ). Vor allem sollte dabei bereits antizipiert werden, dass „diese Treffen bestimmt keine Treffen sein werden, die ruhig verlaufen werden und dass da [...] Emotionen zum Vorschein kommen“ (ID1_PL). Und auch die zu vermittelnden Inhalte sollten umfangreich vorbereitet und gut kommuniziert werden, um möglichst reibungslose Veranstaltungen zu ermöglichen (ID1_PL).

Auf das Format der Regionalkonferenzen wurde von den Interviewten nicht weiter eingegangen. Es wurde lediglich betont, dass eine direkte Einbeziehung von Vertreter*innen der betroffenen ausländischen Gebiete, etwa von Gemeindevertreter*innen, als wünschenswert anerkannt wird. Dies könnte „ein erster Schritt für eine Diskussion“ (ID2_CZ) mit den betroffenen Gebieten sein.

5.3 Dimension: Wirkung

Bezogen auf die Wirkung der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren wurden vermehrt Erwartungen und Wünsche bezüglich der Verantwortungsübernahme und Kompensationen geäußert.

Zentral ist die Anforderung, dass die Vorhabenträger*innen Verantwortung für Negativauswirkungen und Risiken des Vorhabens tragen (ID1_CZ; ID3_CZ). Die Sicherheit des Endlagers und möglichst geringe Umweltwirkungen sind dabei von größter Bedeutung. Aber auch Auswirkungen auf den Immobilienwert und den Tourismus wurden in den Gesprächen genannt (ID1_CZ; ID2_CZ; ID3_CZ). Fehlende Kompensationsmaßnahmen, das Abstreiten von Auswirkungen oder Risiken und fehlende Resonanz auf Sorgen und Bedenken der Bevölkerung durch die Vorhabenträger*innen sollten in jedem Fall vermieden werden (ID3_CZ).

Konkrete Ideen für Kompensationsmaßnahmen in der Region beziehen sich auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Autobahn im Dreiländereck: „Es ist zum Beispiel so, dass im Dreiländereck wirklich das Eisenbahnnetz, also das Bahn-Netzwerk, nicht ausgebaut ist, dass bestimmte Verbindungen fehlen, dass es keine Autobahn-Anbindung oder direkte Autobahn nach Deutschland gibt“ (ID2_CZ).

Auch Entschädigungen für Immobilienwertverluste werden erwartet. Ein weiterer Bereich, in dem Kompensationsmaßnahmen sinnvoll eingesetzt werden könnten, ist die aufstrebende Tourismus-Branche, die eine zunehmend wichtige ökonomische Rolle spielt und Gefahr läuft unter dem Vorhaben zu leiden.

Weiterhin wird sich ein respektvoller, fairer Umgang in Bezug auf die Vereinbarungen von Kompensationen gewünscht, der wiederum Kompromissbereitschaft bei den Betroffenen ermöglichen würde:

„[...] es geht vor allem darum, dass wir beide sozusagen den Diskussionstisch zufrieden verlassen. Man kann nicht immer gewinnen, das ist unmöglich. Aber man kann auch nicht immer verlieren“ (ID1_CZ).

In Bezug auf Kompensationen wird häufiger hervorgehoben, dass insbesondere wenn das Vorhaben ökonomisch rentabel für die Auftraggebenden ist, die Anwohnenden und weitere Betroffenen von diesen ökonomischen Gewinnen ebenfalls profitieren sollten (ID1_CZ; ID3_CZ):

„[...] die gewinnen etwas, die verdienen ja dadurch viel Geld, dann können sie uns ja auch was bezahlen, dann sollen wir doch entschädigt werden. Das muss ja nicht direkt in die, dass die das in die Tasche bekommen, aber es kann eine neue Straße gebaut werden, eine Kirche soll renoviert werden, es soll ein Spielplatz gebaut werden. Also das kann unterschiedliche Formen der finanziellen Entschädigung geben“ (ID3_CZ).

In den Interviews wurde auch die Fairness in Bezug auf die Verteilung der Kompensationen zwischen den Ländern angesprochen, um mögliche Spannungen und Konflikte zu vermeiden und die Akzeptanz für das Vorhaben bei den betroffenen Menschen zu erhöhen:

„Und die Frage war, wie dann diese Kompensation auf der polnischen Seite wirklich aussehen würde. Ich gehe davon aus, dass die deutsche Gemeinde dann wirklich sehr viel Geld bekommen würde. Und wir müssten dann einfach mit mehr oder weniger klarkommen“ (ID1_PL). Dabei werden aber auch klar Grenzen von Entschädigungen und Kompensationsleistungen aufgezeigt: „Und ich weiß nicht, ob die Bürger*innen jetzt ihre eigene Sicherheit gegen eine Straße [ein]tauschen“ (ID1_PL).

Auch die Langfristigkeit der Planung sowie der Verantwortungsübernahme und Kompensationsmaßnahmen wurde hervorgehoben. Die betroffenen Gebiete bräuchten auch nach der Umsetzung von bestimmten Kompensationsleistungen eine Perspektive für die nächsten Jahre, „damit wir auch wissen, wie es weitergeht“ (ID1_PL).

Die Langfristigkeit drückt sich auch in der Kommunikation und Information aus. Es wurde der Wunsch geäußert, dass nicht nur Informationen zur Planung des Vorhabens zugänglich gemacht werden, sondern, dass das Vorhaben auch dauerhaft begleitet und Prozesse nachverfolgt werden können. Dazu sollten langfristig auch weitere wichtige Unterlagen, etwa über Inspektionen des Endlagers, übersichtlich an einem Ort digital zugänglich gemacht werden:

„So the point is that this must be established a system whereby the public can easily track the procedure. You have a decision on nuclear repository but then there should be in the same place easily recognizable, all the consequential inspections, decisions and so on so that the people should be able to follow it.“ (ID5_PL)

6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Im folgenden Kapitel werden die herausgearbeiteten Herausforderungen für die Durchführung einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Faktoren, die eine gelungene Umsetzung fördern, aufgezeigt.

6.1 Dimension: Kontext

Der Kontext umfasst Aspekte, die die Ausgangssituation der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung und des Standortauswahlverfahrens beschreiben (Brohmann & Mbah 2021). Dazu gehören u.a. ökonomische Merkmale, rechtliche und planungsrelevante Aspekte, räumliche Gegebenheiten, sowie sozio-kulturelle Bedingungen.

Eine zentrale Herausforderung, die vermehrt in den Interviews auftaucht, bezieht sich auf die Konfliktrichtigkeit des Gegenstands des Endlagers sowie eine klar ablehnende Haltung gegenüber dem Vorhaben. Mehrere Interview-Partner*innen äußern eine eindeutige Ablehnung oder große Skepsis gegenüber einem potenziell grenznahen Standort. Diese Haltung wird im Laufe des Interviews und mit differenzierterer Betrachtung, auch im Hinblick auf Kompensationsmaßnahmen, zum Teil relativiert. Das Thema verbleibt aber politisiert und wird als hoch emotional eingeschätzt, auch im Vergleich zu den Auseinandersetzungen um die Mine Turów (ID3_CZ; ID1_PL): „Aber ich befürchte, dass dieses Problem mit den Endlagern eben genauso sein wird und vielleicht noch emotionaler. Denn das Endlager, der radioaktive Abfall, ist einfach noch über weitere 100.000 Jahre radioaktiv“ (ID3_CZ). Ein*e Interview-Partner*in äußert sich explizit nicht ablehnend gegenüber dem Vorhaben, betont aber, dass diese Meinung „nicht unbedingt den Mainstream“ (ID1_CZ) darstellt.

Dabei ist die Ungleichverteilung der Kosten und Nutzen ein wichtiger Punkt, wie ein*e Interview-Partner*in deutlich macht: Das Problem sei, dass die Menschen in der Region, „die Menschen, die sich an diese Situation gewöhnen müssten, haben dann nur diesen negativen Einfluss [...]. Damit meine ich, wir haben dann nicht die Energie, die haben dann die deutschen Haushalte, aber wir bekommen dann den Abfall sozusagen“ (ID3_CZ). Neben Umweltauswirkungen werden vor allem negative Folgen für den aufstrebenden Tourismus befürchtet: „Denn das [Endlager] löst schon irgendwie Ängste aus, sozusagen, auch bei den potenziellen Besuchern“ (ID2_CZ).

Dem steht gegenüber, dass Negativauswirkungen generell als durch Kompensationen auszugleichen betrachtet werden: „Denn es wird immer irgendwelche negativen Einflüsse geben. Aber meistens ist es so, wenn es nicht lebensgefährlich ist, dann kann man die negativen Folgen kompensieren oder ausgleichen“ (ID3_CZ). Wie diese Kompensation fair gestaltet werden kann, ist an anderer Stelle weiter zu diskutieren.

Zudem kann die Notwendigkeit eines Endlagerstandortes von manchen Interview-Partner*innen generell nachvollzogen werden (ID1_CZ; ID2_CZ). Und das Risiko wird aufgrund hoher Sicherheitsstandards eher als gering eingeschätzt: „Technisch gesehen ist es eigentlich so, dass das Risiko dann, wenn es gut umgesetzt ist,

die Lagerung dann nicht so riskant sein sollte. Aber die gleichen Befürchtungen wie in Deutschland gibt es eben auch in Tschechien“ (ID2_CZ). Dies deckt sich auch mit der tendenziell eher Kernenergiebefürwortenden öffentlichen Meinung in Tschechien (und Polen).

Darüber hinaus ist der Kontext von Konflikten und Spannungen aus vorherigen grenzüberschreitenden Verfahren geprägt. Der Umgang mit den Negativerfahrungen in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung aus dem Turów-Verfahren stellt eine maßgebliche Herausforderung dar. Auf tschechischer Seite führt dies insbesondere zu Skepsis bezüglich weiterer Verfahren und konkreten Erwartungen, wie sie in Kapitel 5 dargelegt wurden.

In den Interviews wird ebenfalls Skepsis deutlich sowie mangelndes Vertrauen und fehlender Kooperationswille von deutscher und tschechischer Seite konstatiert.

„Also wir haben jetzt schon [...] Erfahrungen mit der Erweiterung des Bergwerks, erlebt, wie sich die Tschechen und die Deutschen aufgeregt haben. Dann können Sie sich jetzt vorstellen, wie die Reaktion der polnischen Seite jetzt aussehen würde, wenn jetzt Deutschland ein Endlager auf der deutschen Seite in der Grenzregion planen würde. [...] Die Nachbarschaftsbeziehungen würden dadurch sehr beeinträchtigt werden. [...] Es wurde ja auch in Bezug auf den Ausbau des Bergwerks protestiert oder generell gegen Turów, weil das Elektro-Werk, nunja, sie stört. Also wenn jetzt die eine Seite hört, dass es sich hier um radioaktiven Abfall handelt, na dann wird es ein großes Aufsehen geben. [...] Und na ja, Elektro-werk ist immerhin nicht so kontrovers, sozusagen wie jetzt radioaktive Abfälle.“ (ID1_PL)

Ein Erfolgsfaktor für einen guten Umgang mit dieser Herausforderung ist die lange und gefestigte grenzüberschreitende Vernetzung und Kooperation in der Region (s. Kapitel 3.1). Auch die Trennung potenzieller konfliktreicher Auseinandersetzungen in einem Verfahren von der generellen Zusammenarbeit, wie es im Turów-Verfahren der Fall war, stellt einen Erfolgsfaktor dar.

„Also ich würde sagen, [...] dass wir endlich auch diese Situation mit Turów recht erfolgreich geschafft haben. Und zwar, dass es uns über die vier Jahre hinweg, in denen also schon das Thema Turów behandelt und diskutiert wurde, dass das aber keinen Einfluss auf die regionale Zusammenarbeit hatte, also, dass die regionale Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen da eben sehr erfolgreich gewesen ist“ (ID2_CZ).

Eine weitere kontextbezogene Herausforderung ist das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Ebenen. So können auf den unterschiedlichen Ebenen verschiedene bzw. unvereinbare Interessen vorherrschen, etwa auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Zudem haben die Ebenen verschiedene Zuständigkeiten. Dies kann etwa dazu führen, dass sich die lokalen, wenig ressourcenstarken Interessen nicht gegen übergeordnete, machtvolle Interessen durchsetzen können. Dies klingt in den Interviews an mehreren Stellen an, wenn etwa die Entfernung der Grenzregion von den politischen Zentren betont wird (ID2_CZ; ID3_CZ). Die verschiedenen betroffenen Akteur*innen zu erreichen und ihre Interesse einzubeziehen, kann daher eine Herausforderung darstellen. Ein Erfolgsfaktor kann hier die direkte und stark lokale Ansprache von betroffenen Akteur*innen auf diversen Ebenen sein. Im Falle Turów verlief das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen auf tschechischer Seite weitgehend reibungslos, da sie ähnliche Interessen vertraten (ID1_CZ; ID3_CZ).

6.2 Dimension: Prozess

In Bezug auf den übergeordneten Prozess sind unabhkömmliche Erfolgsfaktoren, die von den Interview-Partner*innen hervorgehoben wurden, Verantwortungsübernahme und Transparenz. Diese beiden Aspekte wurden bereits im Kapitel 5 als Erwartungen dargelegt (s. Kapitel 5.1), sodass an dieser Stelle nicht weiter auf sie eingegangen wird.

Weitere Erfolgsfaktoren beziehen sich, ähnlich wie bei den Erwartungen und Wünschen, auf die Kommunikation und Information. Ein Erfolgsfaktor, der Ressentiments, Missverständnissen und weiteren Spannungen entgegenwirken kann, ist Interesse und Bemühungen um einen offenen, respektvollen und ehrlichen Umgang und Dialog, wie er als Erwartung bereits formuliert wurde (s. Kapitel 5.1). Dabei spielt auch Fairness eine zentrale Rolle: „Es geht hier die ganze Zeit eigentlich nur darum, dass man sich den Menschen gegenüber fair verhält“ (ID3_CZ). Dies schließt direkt an den von Alpiger und Vatter (2015) angeführten Erfolgsfaktor der Fairness an. Dabei sollen u.a. Aspekte wie gleiche Einflusschancen aller, keine Bevorzugung bestimmter Personen, ausgeglichene Sachkompetenz und angemessene Reaktion auf Wünsche und Anregungen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wird die Bedeutung frühzeitiger und direkter Information der betroffenen Akteur*innen, von der lokalen bis zur nationalen Ebene, betont. Dies sei zentral für die Akzeptanz des Prozesses:

„Also ich denke, dass es wichtig ist, [...] dass wirklich die tschechische Seite über alles informiert sein wird. Denn es wäre schlimm in den sozialen Medien einfach nur die Überschrift zu lesen: ja, Deutschland plant seinen radioaktiven Abfall an der Grenze zu Tschechien zu lagern. Das würde, glaube ich, ähnliche Proteste auslösen“ (ID2_CZ).

Eine weitere Herausforderung in Bezug auf Kommunikation, die genannt wird, ist der Umgang mit Online-Medien und die Debattenkultur im Internet. Einerseits wird die Verbreitung von Information online als unerlässlich anerkannt. Andererseits werden Bedenken zur Art und Weise des Konsums von Informationen im Internet, sowie zur Diskussionskultur, insbesondere in den sozialen Netzwerken, geäußert. Dies kann auch Fehl- und Falschinformationen in Bezug auf Planungsvorhaben betreffen (ID1_CZ; ID2_CZ): „Und dort liest man immer nur die Überschriften und vielleicht ein, zwei Sätze, aber man klickt dann nicht auf den ganzen Artikel und dann löst es auch eine gewisse Massenhysterie aus“ (ID2_CZ).

Eine weitere zentrale Herausforderung ist die Frage der Betroffenheit. Dazu gehört die subjektive Wahrnehmung von Bewohner*innen, die sich eventuell als nicht-betroffen erachten, vor allem zu Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung, und somit potenziell desinteressiert an dem Prozess und den konkreten Formaten sind (ID2_CZ; ID3_CZ). Außerdem merkt die*der Expert*in für grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen die Komplexität der Definition von Betroffenheit bei Verfahren zu Kernenergie an. Dies könne zwar basierend auf wissenschaftlichen Analysen abgeschätzt werden: „You just look at the available science, what they say, what could happen with the repository and what could be the effect and then you take the worst case scenario which sets the radius“ (ID5_PL). Im Interview wird aber auch das Beispiel Großbritanniens angeführt, wo zumindest für die nationale Öffentlichkeit Betroffenheit nach dem Interesse der Menschen an dem Verfahren ausgemacht wurde:

„If you show interest, that means you are interested and you are concerned by this fact. So what they did in the UK, and that is a general feature, they informed the public that anyone can make a reservation sent after seeing this message. And that is a wide way of notifying the public, but it's mostly domestic public. And that was the problem about foreign, but domestically it was a perfect way of informing.“
(ID5_PL)

In Bezug auf den Prozess wird darüber hinaus der Erfolgsfaktor der klaren Definition der Öffentlichkeitsbeteiligung genannt. Art, Umfang, Grenzen der Beteiligung sollten kommuniziert werden, sodass eindeutig ist, „welche Partizipation es geben [soll]“ (ID1_CZ).

Darüber hinaus wird die langjährige Kooperation im Dreiländereck als Erfolgsfaktor für den Prozess hervorgehoben. Das heißt „die regionale Zusammenarbeit oder die regionalen Partnerschaften, egal ob man sich da jetzt auf nur zwei Länder oder auch drei Länder bezieht“ (ID2_CZ). Sie ist ein zentraler Bestandteil der Region, bleibt auch bei Konflikten und Spannungen, wie im Fall Turów, bestehen und kann vermittelnd wirken.

6.3 Dimension: Ansatz und Formate

Die Ansprache stellt eine essenzielle Herausforderung der Öffentlichkeitsbeteiligung dar. Die*der interviewte Expert*in aus dem Bereich der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen betont dies als zentralen Aspekt der UVP: “[E]specially this is the issue: how to inform the foreign public” (ID5_PL).

Die große Herausforderung einer effektiven Ansprache der Öffentlichkeit sollte möglichst spezifisch auf die vorherrschenden Bedingungen angepasst werden, eine Vielfalt an Kommunikationskanälen und –formaten sowie vorhandene Ressourcen nutzen. Dieser Mix sollte dem entgegenwirken, dass es „wirklich kein Wunderrezept dafür [gibt], wie man die Menschen erreicht“ (ID2_CZ).

Zu den lokal-spezifischen Bedingungen in der Region gehört etwa die enge grenzüberschreitende Vernetzung und die institutionalisierte Zusammenarbeit. So können etwa die Kommunikationskanäle der Euroregion und Veranstaltungsformate der Europastadt Görlitz-Zgorzelec für die Ansprache der polnischen und tschechischen Öffentlichkeit genutzt werden. Auch die politischen Vernetzungen zwischen lokalen Entscheidungsträger*innen in verschiedenen Austauschformaten können dabei helfen, die Informationen in die unterschiedlichen Gemeinden zu vermitteln.

Der Mix aus Kommunikationskanälen und –formaten wirkt auch der Schwierigkeit entgegen, dass klassische Kommunikationsweisen in Planungsverfahren immer mehr an Bedeutung verlieren. „Aushänge an einem Bürgeramt“ (ID2_CZ) werden nur wenig konsultiert und Anzeigen in Zeitungen verlieren an Reichweite, da „[d]ie klassischen Medien [...] eigentlich nicht mehr die Funktion, die sie haben sollten, [erfüllen] bzw. keiner nutzt sie mehr so richtig“ (ID2_CZ). Daher ist die Ansprache über das Internet zentral. Dazu könnten die Internetauftritte der regionalen Akteur*innen genutzt werden. „[S]owohl die einzelnen Gemeinden als auch die Städte, die Regionen usw. haben Websites, da sollte darüber informiert sein [...]“ (ID2_CZ). Hinzu kommen die sozialen Netzwerke, wie Facebook und Twitter.

Zu der Vielfalt an Kommunikationskanälen können im Weiteren überregionale und weit verbreitete Wochenzeitungen (ID5_PL), sowie regionale Formate zählen. Im Fall Turów wurde etwa ein niedrigschwelliges, breit gestreutes Print-Format zur Informationsvermittlung genutzt:

„Was ich noch ergänzen wollte ist aber, dass es in Hrádek nad Nisou eine Wochenzeitung gibt, die kostenlos in alle Briefkästen geworfen wird. Jede Woche. Da [wurde] eine Ausgabe oder eine ganze Doppelseite der Situation um Turów gewidmet. [...] Auch mit Links zu verschiedenen Studien: einfach welchen Einfluss, das auf die Umwelt hat oder haben kann. Das heißt, [es wurde] wirklich dafür gesorgt, dass die Menschen informiert sind, sodass sie das auch zum Beispiel Links fanden zu Studien mit verschiedenen Ergebnissen etc.“ (ID2_CZ)

In Bezug auf die Stellungnahmen besteht eine Herausforderung darin, wie mit der zu erwartenden hohen Anzahl an Stellungnahmen umzugehen ist. In dem durchgeführten Expert*innen-Interview wurde darauf hingewiesen eine gute Strategie im Umgang mit der Vielzahl von Stellungnahmen zu entwickeln und spezielle personelle Kapazitäten einzuplanen (ID5_PL). Dieser Punkt wird ebenfalls in einem weiteren Bericht des Forschungsprojektes diskutiert (Sperfeld et. al 2022, Kapitel 3.1.5). Dort wurde neben dem Einsatz zusätzlicher personeller Kapazitäten und ggf. der Beauftragung externer Dienstleister für die Vorsortierung und Aufarbeitung der eingegangenen Stellungnahmen auch der Einsatz von Software zur automatisierten Übersetzung und Erfassung von Argumenten vorgeschlagen.

Ein zentraler Erfolgsfaktor, der sich in den Erwartungen der Akteur*innen deutlich widerspiegelt, ist die umfassende Bereitstellung der verfahrensspezifischen Unterlagen in allen relevanten Sprachen, auch digital (ID3_CZ; ID5_PL). Alle relevanten Dokumente, Berichte und Studien sollten an einem zentralen Ort online in den Landessprachen zur Verfügung stehen. Von lediglich teilweisen Übersetzungen, wie im Verfahren um Turów, wo zentrale Teile des UVP-Berichts nicht übersetzt wurden, sollte aus Gründen der Transparenz abgesehen werden.

Darüber hinaus ist es beim Erörterungstermin essenziell, mit dem polarisierenden Thema der Endlagersuche adäquat umzugehen. Die Herausforderung besteht darin ggf. eine aufgeladene und emotionale Stimmung kontrollieren zu können, um einen wertschätzenden und offenen Raum für eine sachliche Auseinandersetzung zu ermöglichen (ID2_CZ; ID3_CZ). Dies benötigt in jedem Fall eine sehr gute Vorbereitung des Erörterungstermins, sodass vor Ort auch auf die Stellungnahmen und Nachfragen der Teilnehmenden eingegangen werden kann (ID3_CZ). Außerdem ist eine gute Moderation des Erörterungstermins, wie in einem weiteren Bericht des Forschungsprojektes hervorgehoben (Sperfeld et al. 2022), unabdingbar. Sie sollte eine neutrale Rolle einnehmen, über hinreichende Fachkompetenz verfügen und bestenfalls mit den lokalen Bedingungen vertraut sein. Um eine potenziell konfrontative Stimmung zu entschärfen, sollte auch der Einsatz weniger linearer und mehr dialogischer Moderationstechniken in Betracht gezogen werden. Zudem geht aus den Interviews hervor, inwiefern eine großzügige Zeitplanung maßgeblich zu einem erfolgreichen Erörterungstermin beiträgt (ID3_CZ; ID2_CZ). Es sollte ausreichend Zeit eingeplant werden und ggf. mehrere Termine angesetzt werden. Eine enge Zeittaktung und gar die Unterbindung von Wortmeldungen oder Rückfragen kann hohe Frustration bei den Teilnehmenden auslösen und die Akzeptanz des Verfahrens maßgeblich beeinträchtigen (ID3_CZ).

Eine weitere konkrete Idee zur Deeskalation des Erörterungstermins wird in einem Interview angeführt und betrifft die digitale Durchführung der Veranstaltung. Dort wird angeregt, dass Online-Anhörungen ggf. weniger konfrontativ verlaufen (ID2_CZ).

Auch der gute Umgang mit der Mehrsprachigkeit von grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine prägnante Herausforderung, die bereits in den vorherigen Arbeiten im Rahmen des Forschungsprojektes immer wieder auftaucht, und auch in den Interviews hervorgehoben wird (ID3_CZ). Die gute Organisation der Übersetzung von Veranstaltungen, vor allem des Erörterungstermins, ist dabei essenziell um die Teilnahme der grenzüberschreitenden Öffentlichkeit zu ermöglichen. Dabei wird die simultane Verdolmetschung der konsekutiven Übersetzung vorgezogen, da ansonsten die Redezeit der entsprechenden Person um die Zeit der Verdolmetschung ergänzt werden muss bzw. sie den ggf. vorgegebenen zeitlichen Rahmen ansonsten schnell überschreiten kann.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung, der in den Interviews genannt wird, ist die Ermöglichung und Erleichterung der kontinuierlichen Information zum Verfahren. Diese könnte etwa durch die Benachrichtigung über weitere Schritte, neue Dokumente oder Entscheidungen im Verfahren per Email an einen Interessiertenkreis erreicht werden.

„The point is that they said everyone can send a reservation and ask to be informed about any future steps. And sent an email and from then on they have a database with all the emails and then with the one click they inform all these people about each new document coming. [...] They said: fine, you're interested in this, you are on this database. And that's what I think is very useful because it solves the problem of further informing about steps in the procedure, but also on the follow up.“ (ID5_PL)

6.4 Dimension: Wirkung

In der Dimension Wirkung werden die Auswirkungen zusammengefasst, die mit dem grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligungsprozess und dem Standortauswahlverfahren verbunden werden.

Eine zentrale Herausforderung ist der Umgang mit Risiken und Negativauswirkungen. So werden etwa Auswirkungen auf die Umwelt, vor allem in Bezug auf die regionalen Naturschutzgebiete, sowie auf die Tourismusbranche und Immobilienwerte befürchtet (ID1_PL; ID1_CZ; ID2_CZ; ID3_CZ).

Die am häufigsten thematisierte Wirkung, analog zu den genannten Erwartungen und Wünschen (s. Kapitel 5.3), ist die Kompensation von Risiken und Negativauswirkungen. Dabei besteht die Herausforderung darin, für alle Parteien akzeptable Entschädigungen zu erzielen. Wie an anderer Stelle des Forschungsprojektes herausgearbeitet (Sperfeld et al. 2022), können Kompensationen dazu beitragen, um Konfliktlagen, in der ein*e Akteur*in auf Kosten anderer einen Vorteil hat, in Situationen umzuwandeln, die für alle einen zusätzlichen Nutzen haben. Die Notwendigkeit der Umwandlung eines Nullsummen-Konfliktes in einen Positivsummen-Konflikt wird in den Interviews deutlich unterstrichen: „Und dann noch eine Sache, die natürlich sehr wichtig ist [...]: Was hat die Region denn davon? Wie kann sie davon profitieren, wenn sowas gemacht wird?“ (ID2_CZ)

Eine Herausforderung ist zudem die mögliche fehlende Akzeptanz des Verfahrens, welche zu großen Protesten führen könnte. So wird etwa durch in einem Interview erwähnt, dass „im schlimmsten Fall“ (ID1_PL) die Blockade von Grenzübergängen und Autobahnen durch Bürger*innen und Umweltorganisationen möglich sei (ID1_PL). Darüber hinaus wird in demselben Gespräch auch die Belastung der diplomatischen Beziehungen im Dreiländereck befürchtet: „Also grundsätzlich ist es keine gute Idee, was jetzt die deutsch-polnischen Beziehungen angeht, weil daraus würde eine sehr große Diskussion entstehen“ (ID1_PL).

Um diesen Herausforderungen zu begegnen sollte die Gestaltung eines integrativen, respektvollen und partizipativen Verfahrens erfolgen, das durch die zahlreichen angeführten Erfolgsfaktoren erleichtert werden kann.

7. Fazit

Die Regionalstudie im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien entwirft ein Kurzprofil einer Region, die über Ländergrenzen hinweg gut vernetzt ist und in verschiedenen Institutionen grenzüberschreitend zusammenarbeitet. Dabei wirkt auch die gemeinsame Rolle als Grenzregion verbindend. In dem untersuchten Gebiet wird von der Distanz zu den politischen und ökonomischen Zentren der jeweiligen Länder berichtet, sodass sie ihre Interessen als Grenzregionen nicht umfänglich in den nationalen Politiken vertreten sehen. Gleichzeitig ist die Region von ökonomischen Umbrüchen geprägt.

In Bezug auf Erfahrungen mit grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Region vor allem durch das Verfahren um die Erweiterung des Braunkohletagebaus Turów in Polen geprägt. Insbesondere die tschechische Seite führt umfassende Kritikpunkte im Hinblick auf dieses Verfahren an. Der Konflikt um die Erweiterung des Tagebaus wurde bis auf Ebene des Europäischen Gerichtshofs getragen. Alle weiteren grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren werden vor diesem Hintergrund des Verfahrens um Turów bewertet werden. Dabei werden bestehende Konfliktlinien, Negativerfahrungen und Spannungen antizipiert werden müssen.

Bezüglich kerntechnischer Anlagen sind die Vorprägungen auf tschechischer und polnischer Seite tendenziell Kernenergie-befürwortend. Tschechien nutzt seit Langem Kernenergie zur Stromgewinnung und befindet sich zugleich ebenfalls in einer Endlagersuche. Diese Suche stieß, trotz einer weitgehend Kernenergie-freundlichen öffentlichen Meinung, auch auf Kritik und Proteste. In Polen wurden Pläne zur Nutzung von Kernenergie im Jahr 1990 zwischenzeitlich verworfen und Anfang der 2000er Jahre wiederaufgenommen. Momentan befinden sich die ersten kerntechnischen Anlagen in Planung. Somit ist das Thema Kernenergie in Polen sehr aktuell, gleichzeitig kann jedoch noch auf keine lange und umfassende öffentliche Auseinandersetzung mit der Materie zurückgegriffen werden. Hervorzuheben ist, dass die untersuchte Region keine kerntechnischen Anlagen aufweist.

Zentrale Wünsche und Erwartungen, die aus den Interviews mit verschiedenen Akteur*innen herausgearbeitet werden konnten und maßgeblich durch die Erfahrungen im Verfahren Turów geprägt sind, umfassen die folgende zentrale Aspekte: In Bezug auf den Prozess wurde eine umfassende und frühzeitige

Kommunikation und Information, Transparenz, sowie Verlässlichkeit der Informationen hervorgehoben. Die Ansätze und Formate sollten niedrigschwellig kommuniziert werden, etwa durch verbreitete Zeitungen, und alle Informationen sollten auch digital zur Verfügung stehen. Bezogen auf die Wirkung wurden insbesondere die Verantwortungsübernahme durch die Vorhabenträger*innen, vor allem von Negativauswirkungen, sowie Kompensationen als zentrale Aspekte genannt.

Als spezifische Herausforderungen für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren sowie zentrale Erfolgsfaktoren wurden in der Regionalstudie folgende Schlüsselaspekte herausgestellt:

In Bezug auf den Kontext wurde die Konflikträchtigkeit des Gegenstandes ‚Endlager‘, sowie die Ungleichverteilung von Kosten und Nutzen, die Vorprägung durch das Verfahren Turów und die Herausforderung der Einbeziehung verschiedener Interessen auf unterschiedlichen politischen Ebenen dargestellt. Identifizierte Erfolgsfaktoren sind u.a. eine tendenziell Kernenergie-befürwortende öffentliche Meinung, eine gute grenzüberschreitende Vernetzung und Zusammenarbeit in der Region, sowie die generelle Einstellung, dass Negativauswirkungen von Vorhaben bis zu einem gewissen Grad kompensiert werden können.

Herausforderungen im Prozess werden vor allem in der Verantwortungsübernahme durch die Vorhabenträger*innen, der Transparenz, dem Desinteresse der betroffenen Menschen an abstrakten Planungsvorhaben, der Frage der Betroffenheit sowie dem Umgang mit Online-Medien und der polarisierenden Diskussionskultur im Internet gesehen. Als Erfolgsfaktoren kann ein offener, respektvoller, ehrlicher Umgang und Dialog identifiziert werden, sowie ein partizipativer und fairer Prozess, frühzeitige und direkte Information, eine weite Definition von Betroffenheit sowie klare Kommunikation des Umfangs und der Art der Beteiligung.

Die Herausforderungen in Bezug auf den Ansatz und Formate betreffen hauptsächlich die geeignete Ansprache der betroffenen Akteur*innen, ein adäquater Umgang mit dem polarisierenden und emotionalen Thema sowie mit der Mehrsprachigkeit der Betroffenen. Als Erfolgsfaktoren können ein Mix aus verschiedenen Kommunikationskanälen und -formaten, eine sehr gute Moderation von Veranstaltungen sowie eine großzügige Zeitplanung und die umfassende Bereitstellung von Dokumenten online in allen relevanten Amtssprachen hervorgehoben werden.

In Bezug auf die Wirkung stellt die Gestaltung der Kompensationen, sodass sie für alle Parteien akzeptabel sind, die größte Herausforderung dar.

8. Literaturverzeichnis

Alpiger, C.,; Vatter, A., 2015: Kriterien zur Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen. Grundlagendokument aus dem Forschungsprojekt "Partizipative Entsorgungspolitik". https://boris.unibe.ch/105680/1/Evaluationskriterien_d.pdf

Bock, S.; Reimann, B.; Abt, J.; Lettow, M.; Vorwerk, U., 2017: Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Brohmann, B.; Mbah, M.; Kraus, B., 2021c: Konkretisierung des Vorgehens bei der Auswahl (lokal) geeigneter Beteiligungsformate und -verfahren. Meilensteinbericht: MS1.3.2. (unveröffentlichter Bericht)

Burns, N.; Schlozman, K.; Verba, S., 2001: *The Private Roots of Public Action*. Cambridge, MA and London, England: Harvard University Press.

Bursik, M., 2015: The Trouble with Democracy - The Challenges of Nuclear Waste Governance in the Czech Republic. In: Brunnengräber, A., Di Nucci, M.R., Isidoro Losada, A.M., Mez, L., Schreurs, M.A. (Hrsg.), *Nuclear Waste Governance: An International Comparison*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH., S. 249–264.

Chmielewski, A. G., 2013: Nuclear Power for Poland. *World Journal of Nuclear Science and Technology*, 3, 123-130.

Euroregion Neisse, 2020: *Rahmenvereinbarung der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa*. Abrufbar unter: <https://www.euroregion-neisse.de/fileadmin/documents/euroregion/rahmenvereinbarung-2020-01-14.pdf>; letzter Zugriff: 18.10.2022.

Ewen, C.; Horelt, M., 2019: Die Bühnen der Beteiligung. Gestaltung informeller Bürgerbeteiligungsprozesse bei Windenergieplanungen und ihre Auswirkung auf Protestmobilisierung und Verfahrenslegitimität. In: J. Radtke, W. Canzler, M.A. Schreurs, S. Wurster (Hrsg.), *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Wiesbaden: Springer VS (Energie-transformation), S. 391–422.

Fuller, D. 2003: Analyzing Policy Formulation in the Czech Republic: The Case of the Temelin Nuclear Reactor. In: M. Bryane, R. Kattel, W. Drechsler (Hrsg.), *Enhancing the Capacities to Govern: Challenges Facing the CEE Countries*. NISPAcee, S. 83-96.

Gawlikowska-Fyk, A.; Nowak, Z., 2014: *Nuclear Energy in Poland*. Warschau: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych.

Gerichtshof der Europäischen Union, 2022: Pressemitteilung Nr. 23/22. Abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220023de.pdf>; letzter Zugriff: 18.10.2022

Knickel, M.; Knickel, K.; Galli, F.; Maye, D.; Wiskerke, J.S.C., 2019: Towards a Reflexive Framework for Fostering Co-Learning and Improvement of Transdisciplinary Collaboration. *Sustainability* 11, S. 1–22.

Martell, M., 2019: Effective Dialogue and Broad Societal Support - Stakeholder Dialogues on Radioactive Waste Management in the Czech Republic and Spain: A Review. In: Brunnengräber, A., Di Nucci, M. (Hrsg.), *Conflicts, Participation and Acceptability in Nuclear Waste Governance - An International Comparison. Volume III*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S.121-144.

Mbah, M.; Krohn, J., 2021: Die Bedeutung von Kommunikation und Beteiligung in der Planung und Umsetzung von Geothermievorhaben – eine Fallstudie zu Staufen (D) und St. Gallen (Ch). Öko-Institut Working Paper 1/2021; Freiburg, Darmstadt: Öko-Institut e.V.

Meyer, M., 2018: *Einstellungen zur Kernenergie im internationalen Vergleich: Politisierungsniveaus, gegenstandsspezifische Salienz und nukleare Zwischenfälle*. Bamberg: University of Bamberg Press.

Ministerium für Klima und Umwelt Polen, 2021: *Polnische Energiepolitik bis 2040*. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/themen/energie/kernenergie/verfahren/polen/sup_energy_polen_2020/final/polnische_energiepolitik_bis_2040.pdf; letzter Zugriff: 10.10.2022

Ministerium für Wirtschaft Polen, 2011: *Programm für die Polnische Kernenergie*. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/themen/energie/kernenergie/verfahren/polen/polen_kernenergieprogramm2011_dt.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022.

Oppermann, B.; Renn, O., 2019: *Partizipation und Kommunikation in der Energiewende* (Schriftenreihe Energiesysteme der Zukunft). München: acatech.

PGE, 2019: *Fortführung des Abbaus der Braunkohlelagerstätte Turów*. Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung (kodifizierte Fassung). Zusammenfassung in nicht fachspezifischer Sprache. Abrufbar unter: https://www.uvp-verbund.de/documents-ige-ng/igc_sn/9B855E5E-2211-44DE-9933-94B3D7FE9F3E/aktualisierte%20Zusammenfassung%20UVP-Bericht.pdf; letzter Zugriff: 18.10.2022

Sperfeld, F., Habigt, L., Dolinga, S., Franke, F., Zschiesche, M., Schütte, S., Mbah, M., Neles, J., Kelly, R., Brohmann, B., 2022: *Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber)*. Arbeitspaket 4: Zusammenführung und Hinweise für die Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren. Im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). (unveröffentlicht)

Sperfeld, F., Dolinga, S., 2022: *Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber). Arbeitspaket 3: Beispiele aus der Praxis.* Fallstudie Errichtung weiterer Blöcke im Kernkraftwerk Dukovany. Im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). (unveröffentlicht)

Wang, J.; Kim, S., 2018: Comparative Analysis of Public Attitudes toward Nuclear Power Energy across 27 European Countries by Applying the Multilevel Model. *Sustainability*, 10, 2-21.

